

 150 Jahre
Wissen für die Zukunft
Oldenbourg Verlag

Studien zur Internationalen Geschichte

Herausgegeben von Wilfried Loth
und Eckart Conze, Anselm Doering-Manteuffel,
Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel

Band 20

Tim Geiger

Atlantiker gegen Gaullisten

Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher
Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Gedruckt mit Hilfe der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Zugl.: Freiburg, Univ., Diss. 2005 unter dem Titel
Atlantiker und Gaullisten.
Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher
Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969

© 2008 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: Empfang des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle durch Bundeskanzler Ludwig Erhard und Altkanzler Konrad Adenauer am 11. Juni 1965 im Palais Schaumburg in Bonn.

Bildquelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesbildstelle.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Typodata GmbH, München

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN: 978-3-486-58586-5

eISBN: 978-3-486-71381-7

Inhalt

Vorwort.....	9
Einleitung	11
1. Thema.....	11
2. Forschungsstand und Zielsetzung der Arbeit.....	16
3. Quellenlage und Vorgehensweise	23
<i>Teil A: Genese der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse in der Ära Adenauer.....</i>	<i>29</i>
Kapitel I: Zwischen Abendland und Amerika: Außenpolitische Denktraditionen in den Unionsparteien	31
1. Der transatlantische Partner: Amerikaperzeptionen in der Union	31
a. Antimaterialismus versus Amerikanisierung	32
b. Lektionen aus der amerikanischen Geschichte?.....	38
c. Individuelle Amerikaerfahrungen von Unionspolitikern	41
2. Der Nachhall des christlichen Abendlandes: Europakonzepte der Union ..	48
a. Die Union und die Abendland-Bewegung der 1950er Jahre	48
b. Die deutschen Gaullisten als Erben der Abendländer.....	54
Kapitel II: Die Unionsparteien im Spannungsfeld zwischen Washington und Paris	65
1. Entfremdung von den USA im Zeichen der Berlin-Krise 1958–1960	65
a. Ansätze für eine kontinentaleuropäische Atomstreitmacht 1957/58.....	65
b. Weichenstellungen in der Berlin-Krise 1958–1960.....	67
2. Irritationen über de Gaulles Europa- und NATO-Politik	78
a. Erste Reaktionen der Union auf de Gaulle 1958	78
b. Groß- versus Kleineuropäer – das Ringen um eine europäische Freihandelszone	83
c. Grenzen der Gefolgschaftstreue: Rambouillet und die Folgen, Sommer 1960.....	87
3. Kennedys polarisierende Wirkung auf die Unionsparteien	95
a. Frühe Vorbehalte in der Union gegen Kennedy	95

b. Differenzen in der Sicherheitspolitik	103
c. Weitere Entfremdung von den USA infolge des Mauerbaus	106
Kapitel III: Die Krise der Kanzlerpartei	113
1. Erosion der bisherigen Erfolgsgaranten der Union	113
a. Die Präsidentschaftskrise als Beginn des innerparteilichen Nachfolgekampfes	113
b. Verunsicherung angesichts des Wandels der SPD	116
c. Schwindende Zugkraft des „C“ und fortdauernde konfessionelle Spannungen	122
2. Die konfliktreiche Regierungsbildung, Herbst 1961	130
a. Der gescheiterte Kanzlersturz	130
b. Optionen der Koalitionsbildung	133
c. Das Ringen um die Besetzung des Außenministeriums	135
Kapitel IV: Formierung der innerparteilichen Lager 1962	143
1. Zerwürfnis mit Washington?	143
a. Fortdauernde Irritationen über die Kennedy-Administration	143
b. Wachsende Spannung zwischen Kanzler und Außenminister	147
c. Die „Leck-Krise“ über die Berlin-Zugangsbehörde	149
2. Auf dem Weg zum „europäischen Europa“?	161
a. Das Scheitern der Fouchet-Pläne für eine Europäische Politische Union	161
b. Ein deutsch-französischer Zweibund?	165
c. Zankapfel britische EWG-Beitrittsfrage	171
3. Weichenstellungen durch die <i>Spiegel</i> -Affäre	176
a. NATO-Strategiedebatte und die Optionen einer deutschen Nuklearteilhabe	176
b. Weichenstellungen in der <i>Spiegel</i> -Krise	181
c. Koalitionspoker und innerparteiliche Intrigenspiele	186
Kapitel V: Ausbruch des offenen innerparteilichen Streits.	197
1. Das Ringen um den Elysée-Vertrag und die atlantische Präambel.	197
a. „De Gaulle und der Freundschaftsvertrag – das war zuviel auf einmal“	197
b. Die atlantische Präambel zum Elysée-Vertrag	210
c. Triumph des Atlantizismus	213
2. Die Kontroverse um das Teststoppabkommen	217
a. Umstrittene Ansätze einer neuen Ostpolitik: Die „Politik der Bewegung“	218
b. Die Bundesrepublik „Opfer der amerikanischen Entspannungs- politik“?	222
c. Vorbelastungen für die Kanzlerschaft Erhards	228

<i>Teil B: Hochphase der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse während der Kanzlerschaft Erhards</i>	233
Kapitel I: Veränderte parteipolitische Rahmenbedingungen	235
1. Das Ende der patriarchalischen „Kanzlerdemokratie“	235
2. Die Fraktionsführung als erstarktes Machtzentrum	240
3. Die Parteivorsitzenden als Speerspitzen der gaullistischen Fronde	242
Kapitel II: Verhärtung der Fronten	247
1. Die deutsch-französische Entfremdung, Oktober 1963–März 1964	247
a. Auftaktaktivitäten der Regierung Erhard	247
b. Wachsende Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis	252
c. Ringen um den Schein parteipolitischer Geschlossenheit	261
2. Zankapfel Deutschlandpolitik	266
a. Die Union unter Zugzwang bei den Passierscheinabkommen	266
b. Das Ringen um eine westliche „Deutschlandinitiative“	269
3. Vergebliche Korrekturbestrebungen der Gaullisten	279
a. Wachsende gaullistische Kritik an der Bundesregierung	279
b. Tauziehen um die Multilateral Force (MLF)	284
c. Aktivitäten zur Belebung der deutsch-französischen Beziehungen	290
Kapitel III: Die Unionsparteien in der Zerreißprobe	295
1. Peripetie der deutsch-französischen Beziehungen, Sommer 1964	295
a. Das mißratene Gipfeltreffen vom 3./4. Juli 1964	295
b. Sturmlauf der Gaullisten	300
c. Fortdauerndes Sommertheater	312
2. Herbst des Mißvergnügens: Streit um die Europa- und Nuklearpolitik, September 1964–Januar 1965	318
a. Kontroverse um den europäischen Getreidepreis und die MLF	318
b. Interview-Krieg der Unionsgrößen	326
c. Lösung des Getreidepreis-Streits und Scheitern der MLF	331
3. Agonie der Deutschlandpolitik, Frühjahr 1965	340
a. Der Weg in die Krise	340
b. Die deutsche Nahostkrise	344
c. Scheitern eines deutschlandpolitischen Befreiungsschlages	353
Kapitel IV: Scheinbare Waffenruhe im Zeichen des Wahlkampfes	357
1. Wahlkampf mit gespaltenem Haus, Sommer 1965	357
a. Stillstand in Europa: Der „leere Stuhl“	357
b. Erste Konflikte um ein nukleares Nichtverbreitungsabkommen	368
c. Um Kanzler und Koalitionen	372
2. Die mißglückte Regierungsbildung	376
a. Ringen um Posten und Programme	376
b. Die „Affäre Huyn“	388

Kapitel V: Perpetuierung der innerparteilichen Kontroverse.	397
1. Streit um den CDU-Parteivorsitz, Frühjahr 1966	397
2. Die Union im Zeichen der NATO-Krise	405
a. Beilegung der EWG-Krise des „leeren Stuhls“	405
b. Turbulenzen durch Frankreichs NATO-Austritt	407
c. Streit über den Verbleib französischer Truppen in der Bundes- republik	411
3. Die Union im deutschlandpolitischen Abseits	424
a. EKD-Ostdenkschrift, Friedensnote und diplomatische Beziehungen mit Osteuropa	424
b. Unentschlossenheit beim Projekt des Redneraustausches	431
c. Barzels New Yorker Rede – ein Fehlschlag mit Folgen	434
Kapitel VI: Das Ende der Regierung Erhard	441
1. Kumulierung der Probleme	441
2. Von der erfolglosen USA-Reise zum Bruch der Koalitionsregierung	447
3. Auf dem Weg zur Großen Koalition	454
<i>Teil C: Ausklang der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse in der Großen Koalition</i>	473
Kapitel I: Wiederannäherungsbemühungen an Frankreich.	475
Kapitel II: Entfremdung von den USA über den Atomwaffensperrvertrag.	485
Kapitel III: Bundeswehrreduzierungen als Mittel des innerparteilichen Macht- kampfes	495
Kapitel IV: Endlich im Gleichgewicht zwischen Paris und Washington?	503
Schlußbetrachtung: Der Ort der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse in der Geschichte der Unionsparteien und der Bundesrepublik	517
Anhang	533
I. Abkürzungen	533
II. Quellen- und Literaturverzeichnis	535
1. Archivalia und ungedruckte Quellen	535
2. Gedruckte Quellen	536
a. Dokumentationen, Editionen, Quellensammlungen.	536
b. Briefsammlungen, Memoiren, Reden und sonstige Selbstzeugnisse ...	538
c. Zeitgenössisches Schrifttum (bis 1967)	542
3. Forschungsliteratur	543
III. Personenregister	563

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete und gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2005 von der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau angenommen wurde.

Auf dem Weg zu diesem Buch standen mir viele Menschen hilfreich zur Seite. Ein besonderer Dank gilt meinem akademischen Lehrer, Prof. Dr. Ulrich Herbert, der die Arbeit ohne intellektuelles Gängelband umsichtig betreut hat, stets zu kritischem Denken anregte und klug zu verhindern half, daß über die engere eigene Forschungsarbeit der Blick ins weitere Feld der Zeitgeschichte verloren ging. Der Leser wird ihm zudem für sein nachdrückliches Drängen auf Kürzung dankbar sein. Prof. Dr. Anselm Doe-ring-Manteuffel vom Seminar für Zeitgeschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen danke ich, daß er in der Konzeptionsphase der Arbeit wichtige Impulse gegeben und an ihrem Ende die Aufgabe des Zweitgutachters übernommen hat.

Ihm sowie Prof. Dr. Wilfried Loth, Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Jost Dülffer und Prof. Jürgen Osterhammel danke ich für die Aufnahme meines Buches in die von ihnen herausgegebene Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“.

Konstruktive Kritik und nützlichen Rat gaben des weiteren Prof. Dr. Detlef Junker, der Gründungsdirektor des Heidelberg Center for American Studies, sowie Dr. Vanessa Conze (Tübingen) und Prof. Dr. Eckart Conze (Marburg). Insbesondere letzterer hat die Arbeit von Anfang an mit wertvollen Hinweisen begleitet und durch sein kontinuierliches reges Interesse über manche Durststrecke des Doktorandendaseins hinweg geholfen. PD Dr. Philipp Gassert (Heidelberg) blieb über die gemeinsamen Archivtage in Koblenz und Sankt Augustin hinaus ein wichtiger Diskussions- und Ansprechpartner in fachlichen wie praktischen Fragen. Seinem freundschaftlichen Rat verdanke ich viel.

Dank für Hilfsbereitschaft und Unterstützung schulde ich weiterhin zahlreichen Mitarbeitern der von mir besuchten Archive sowie der Freiburger Universitätsbibliothek. Dies gilt in besonderer Weise für Dr. Hans Peter Mensing als anregendem Gesprächspartner, dessen Enthusiasmus beflügelte. Der inzwischen verstorbene Dr. Rainer Barzel gewährte freundlicherweise die Erlaubnis zur Einsichtnahme in sein Depositum im Bundesarchiv, desgleichen Rosa-Sophie Freifrau von und zu Guttenberg bzw. Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld in die Nachlässe ihrer Ehemänner. Dafür gilt ihnen mein Dank ebenso wie all jenen Zeitzeugen, die es ermöglichten, in Informationsgesprächen die aus den Akten gewonnenen Erkenntnisse zu überprüfen und abzurufen.

Daß ein konzentriertes, kontinuierliches Arbeiten möglich war, verdanke ich der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Sankt Augustin, die mehr als zwei Jahre ein Graduiertenstipendium gewährte. Anschließend half ein viermonatiges Stipendium des Vereins zur Förderung der Schurman Bibliothek e.V. an der Universität Heidelberg, die Niederschrift der Arbeit zügig abzuschließen. Die Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften ermöglichte durch die Gewährung eines Druckkostenzuschusses die Drucklegung dieser Studie.

Herzlich danken möchte ich schließlich meinen Freunden und Kollegen, die bei interessierten Fragen und anregenden Diskussionen vermutlich mehr über Conny, Ludwig, Gerhard, Franz Josef, Karl Theodor und den General hörten, als sie zunächst beabsichtigt hatten, und die in Phasen der Entmutigung Zuspruch gaben. Neben PD Dr. Philipp Gassert, Felix Bruder, Dr. Thomas Christoph Marx, Dr. Gerhard Altmann, Dr. Imanuel Baumann haben vor allem Dr. Isabell Klaiber und Christiane Botzet die ebenso mühevollen wie hilfreichen Aufgabe des Korrekturlesens von Teilen der Arbeit auf sich genommen. Das gilt insbesondere auch für Esther Siepe und meine Familie, die mich mit Liebe, viel Geduld, tröstlichem Zuspruch und fortwährender Unterstützung durch alle Höhen und Tiefen meiner Promotionszeit begleitet haben. Meinen Eltern, die früh mein Interesse an Geschichte förderten, ist dieses Buch in Dankbarkeit gewidmet.

Berlin, im September 2007

Einleitung

1. Thema

„Niemand sollte versuchen, Deutschland vor die unsinnige Wahl zu stellen zwischen der Freundschaft mit Frankreich und seiner Freundschaft mit den Vereinigten Staaten“, verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Mai 2003 vor der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland.¹

Dies war die regierungsamtliche Antwort der Bundesrepublik auf eine der schwersten Turbulenzen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Angesichts des unilateralen Vorgehens der USA, die ungeachtet aller Bedenken der internationalen Gemeinschaft dem Irak mit Krieg drohten, hatte sich die rot-grüne Bundesregierung im Sommer 2002 kategorisch darauf festgelegt, einer Militärintervention ihre Zustimmung zu verweigern. Im Bundestagswahlkampf bezog sie unter den Parolen „Friedenspolitik“ und „deutscher Weg“ eine dezidierte Gegenposition zum martialischen Kurs der westlichen Führungsmacht. In Washington entstand daraufhin der Eindruck, die Bundesregierung habe sich mit antiamerikanischen Ressentiments ihre Wiederwahl gesichert. Angesichts des transatlantischen Zerwürfnisses suchte die Bundesrepublik Rückendeckung in Paris. Mit dem demonstrativen Schulter-schluß der Irakkrieg-Gegner Deutschland und Frankreich entstand, passend zum 40. Jahrestag des Vertrages über die deutsch-französische Freundschaft, ein eigenständiges europäisches Widerlager zur Supermacht USA.² Seit diesem Zeitpunkt war wieder viel vom Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ die Rede.³ Ein Konflikt, der die westdeutsche Politik der 1960er Jahre entscheidend prägte, hat seither neue Aktualität gewonnen.

Bis heute wirkt die Grundkonstellation fort, daß der Bundesrepublik eine Krise droht, wenn sich ihre beiden Hauptverbündeten antagonistisch gegenüberstehen. Dennoch war die „Atlantiker“-„Gaullisten“-Kontroverse ein spezifisches Phänomen der 1960er Jahre, das – so die dieser Studie zugrunde liegende These – nicht allein diplo-

¹ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum 100jährigen Bestehen der American Chamber of Commerce, 9. 5. 2003, zit. in FAZ vom 14. 5. 2003, S. 5.

² Vgl. Gregor Schöllgen, „Republik am Scheideweg. Chirac, Schröder und die Grundlinien der Außenpolitik“, SZ vom 25. 2. 2003, S. 15; Hans-Peter Schwarz, „Elefanten und Biber“, FAZ vom 20. 5. 2003, S. 8.

³ Als pars pro toto Heribert Prantl, „Ich verstehe Sie nicht.“ Gaullisten und Atlantiker: Der Urkonflikt Europas und der Krieg“, SZ vom 31. 1. 2003, S. 13.

matiegeschichtlich, sondern ebenso parteiengeschichtlich geklärt werden muß: als Krise der damaligen Regierungsparteien CDU und CSU.

In der interdependenten, dicht vernetzten Welt nach 1945 wirken außenpolitische Entwicklungen und Entscheidungen mehr denn je spürbar auf die Innenpolitik zurück. Für die zunächst unter der Vormundschaft der USA, Frankreichs und Großbritanniens stehende Bundesrepublik traf dies von Anfang an in besonderem Maße zu. Selbst als die Bonner Republik 1955 in die (relative) Souveränität entlassen wurde, blieb sie entsprechend den Wünschen ihrer Verbündeten und ihrer eigenen Führung fest im Westen verankert und durch zahlreiche inter- und supranationale Organisationen, allen voran die NATO und die Europäischen Gemeinschaften, eingebunden. Der hohe Grad internationalistischer Durchdringung ließ die Bundesrepublik ebenso wie ihre prekäre geostrategische Lage an der Schnittstelle der Blöcke im Kalten Krieg besonders sensibel auf Veränderungen im Gefüge der internationalen Politik reagieren. Große, leidenschaftlich geführte außenpolitische Kontroversen haben daher den Ausgang etlicher Bundestagswahlen entscheidend beeinflusst – vom Ringen um die Westbindung der 1950er, über die „Ostverträge“ der 1970er und die Nachrüstungsdebatte der 1980er Jahre bis hin zum Modus der Wiedervereinigung 1989/90 und den Irakkrieg 2002/2003.

Doch anders als in all diesen außenpolitischen Streitfragen, wo die Fronten weitgehend entlang traditioneller Parteilinien verliefen, spalteten die Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ in den 1960er Jahren vor allem die unionsgeführten Bundesregierungen und die CDU/CSU. Auf diese konzentrieren sich die folgenden Forschungen. Dem Lager der „Atlantiker“, in dem auch SPD und FDP zu finden waren, war der Großteil der CDU zuzurechnen, während das „gaullistische“ Lager vorwiegend aus der CSU und Teilen der CDU bestand. Kaum jemals sonst wurde *innerhalb* der führenden Regierungspartei mit gleicher Intensität, ja Erbitterung um die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik öffentlich gestritten.⁴ Die Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ haben das politische Schicksal gleich dreier christdemokratischer Bundeskanzler bestimmt: Sie beeinflussten entscheidend das Ende der Ära Adenauer, dominierten die kurze Kanzlerschaft Ludwig Erhards und klangen erst während der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger aus.

Der gewählte Untersuchungsrahmen der Jahre 1958 bis 1969 umreißt zum einen die Amtszeit des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, der wie kein anderer ausländischer Staatsmann auf die Unionsparteien polarisierend wirkte. Zum anderen markieren die Eckdaten einen Hoch- und Tiefpunkt des politischen Einflusses der CDU/CSU: 1958 standen die Unionsparteien im Jahr nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit im Bundestag im Zenit ihrer Macht, während die Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 das Ende ihrer 20jährigen Regierungszeit auf Bundesebene brachte. Vor allem aber ermöglicht der weit gesteckte Rahmen Entstehung, Entfaltung und Abklingen der „Atlantiker“-„Gaullisten“-Kontroverse analytisch zu erfassen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Jahren 1962 bis 1967 als Kernzeit des Konfliktes.

Der außenpolitische Streit, der Kern der „Atlantiker“-„Gaullisten“-Kontroverse, wurde an die Bundesrepublik herangetragen als Folge internationaler Umbrüche am

⁴ Vgl. Oppelland, Schröder, S. 15.

Ende der 1950er Jahre. Angesichts des atomaren Patts der Supermächte USA und UdSSR begann sich die bisherige weltpolitische Konstellation zwischen Ost und West zu verändern. Der Kalte Krieg trat in eine entspannungspolitische Phase. Die Bundesrepublik reagierte auf diese Veränderungen verunsichert, waren damit doch ihre drei wichtigsten außenpolitischen Ziele bedroht: die Sicherheit vor dem Osten, die Gleichberechtigung im westlichen Lager und die Wiedervereinigung der geteilten Nation.

Zunehmend erschien fraglich, ob die USA im Falle eines sowjetischen Angriffs durch einen Atomwaffeneinsatz einen nuklearen Gegenschlag der Sowjets und damit die Zerstörung ihres eigenen Landes riskieren würden. Die Zweifel an der amerikanischen Nukleargarantie wirkten sich auf den „Frontstaat“ Bundesrepublik besonders gravierend aus. Verstärkt wurden die Sorgen durch den Strategiewechsel der USA von der „massiven Vergeltung“ zur „flexiblen Antwort“. Unterschiedliche Bewertungen der Verlässlichkeit des amerikanischen Verbündeten bildeten gleichsam den sicherheitspolitischen Strang des Konfliktes zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“. Während Frankreich und Großbritannien auf die sicherheitspolitische Herausforderung mit dem Aufbau eigener Nuklearstreitkräfte reagierten, stand Bonn dieser Ausweg nicht offen. Das wiederum ließ die Bundesrepublik um ihre Gleichberechtigung im westlichen Lager fürchten, drohte sich doch ihr internationaler Status gegenüber den beiden westeuropäischen Nuklearmächten zu verschlechtern. Folglich bemühte sie sich um eine Teilhabe am nuklearen Abschreckungspotential des Westens. Auf welche Weise dies am besten zu erreichen sei, wurde zu einem weiteren, dem nuklearpolitischen Streitpunkt zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“.

Der französische Präsident de Gaulle polarisierte zusätzlich. Schon die ostentative Betonung nationalstaatlicher Kategorien durch den General mußte mit der „internationalistischen Ausrichtung“ des westdeutschen Teilstaates⁵ kollidieren, dessen bisherige Außenpolitik wesentlich auf dem von de Gaulle vehement abgelehnten Prinzip der supranationalen Integration beruhte.⁶ Noch mehr Mißtrauen schürte de Gaulle, als er die seit 1945 unangefochtene amerikanische Hegemonie in Westeuropa herausforderte. Seine Vision eines „europäischen Europas“, das mit den USA verbündet, aber als gleichberechtigte Kraft selbständig neben den Supermächten stehen sollte, wies der deutsch-französischen Kooperation eine Schlüsselrolle zu. Da die Bundesrepublik auch im amerikanischen Entwurf eines „atlantischen Europas“ eine Zentralposition einnahm, rückte Bonn ins Zentrum der konfligierenden „Grand Designs“ der beiden Verbündeten. Während die eine Gruppierung de Gaulles mit Stoßrichtung gegen Washington geführte antihegemoniale Politik als verhängnisvolle Schwächung der westlichen Einheit ablehnte, hoffte die andere, im Schulterschuß mit Frankreich das deutsche Gewicht aufzuwerten, um so den Kurs der westlichen Führungsmacht USA stärker beeinflussen zu können.

Die neue partielle Interessenkongruenz der verfeindeten Supermächte USA und Sowjetunion, etwa bei der atomaren Nonproliferation, irritierte Bonn. Die Bundesrepublik war gezwungen, ihre internationale Standortbestimmung neu zu überdenken. Dieses Erfordernis wurde verstärkt durch den Bedeutungszuwachs, den die nun führende Wirtschaftsmacht Bundesrepublik verzeichnen konnte. Nach über zehnjähri-

⁵ Vgl. Schwarz, Ära II, S. 453f.

⁶ Vgl. Marcowitz, Option, S. 2.

gem Bestehen wurde das staatliche Selbstverständnis als Provisorium zunehmend fragwürdig. Die deutschland- und ostpolitischen Realitäten zwangen zusätzlich, die bisherige „Politik der Stärke“ zu überdenken. Berlin-Krise und Mauerbau erschütterten nachhaltig das Vertrauen in die Schutzmacht USA. Deren seit Präsident Kennedy forcierte Entspannungspolitik spaltete die Lager weiter, denn wie sollte man auf die neue Situation reagieren bzw. sie zu meistern versuchen? Der Konflikt zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ drehte sich also keineswegs nur um die bilateralen Beziehungen zu Frankreich bzw. den USA. Gestritten wurde vielmehr um den gesamten Kurs der künftigen Außenpolitik: um Fragen der Sicherheits-, Entspannungs-, Deutschland- und Europapolitik, letztlich auch um Handlungsspielräume und das Selbstverständnis der Bundesrepublik.⁷

An dieser Stelle sind notwendige Klärungen zu den Begriffen „Atlantiker“ und „Gaullisten“ angebracht. Diese Schlagworte wurden von der zeitgenössischen Publizistik geprägt.⁸ Seit Herbst 1963 waren sie fest im politischen Sprachgebrauch verankert.⁹ Als „Atlantiker“ galt, wer den Beziehungen zur transatlantischen Schutzmacht Vorrang einräumte, als „Gaullist“, wer aufgrund seiner Kritik an der amerikanischen Politik für ein möglichst enge Zusammengehen mit Frankreich plädierte und damit ein stärker europazentrisches Konzept verfolgte. Ihre pauschalisierende Kategorisierung zu „Atlantikern“ oder „Gaullisten“ lehnten alle betroffenen Politiker gleichermaßen ab. Der zum „Gaullisten“ gestempelte Adenauer nannte sie „grobe Unfug“ und das „Dümmste, was ich je gehört habe“¹⁰. Nicht weniger entschieden wies der „Atlantiker“ Erhard die Unterscheidung als „völlig abwegig“ zurück.¹¹

In der Tat sind die Termini nicht unproblematisch, da sie unzutreffend eine Ausschließlichkeit suggerieren. Dabei ging es in dem Streit keinesfalls um die grundsätzliche Option Paris *oder* Washington, sondern um Prioritäten, Gewichtungen und die richtige Methode für gute Beziehungen zu *beiden* Ländern. Nicht minder irreführend implizieren die Etiketten eine eindeutige Programmatik. Wie zu zeigen sein wird, waren beide Lager jedoch weder statisch noch homogen. Ihre jeweiligen Protagonisten unterschieden sich in persönlichen Zielen, ihrem Politikstil und veränderten ihre Positionen aus tagespolitischem Kalkül. Darüber hinaus waren die deutschen „Gaullisten“ keine blinden Parteigänger de Gaulles. Zwar orientierten sie sich an dessen Streben nach größerer europäischer Unabhängigkeit von den USA, doch teilten sie keineswegs die Abneigung des Generals gegen das Integrationsprinzip in EWG und NATO, seinen betont nationalstaatlichen Politikansatz und seine ostpolitischen Ansichten.

Die Bruchlinien in der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse verlaufen weit vielschichtiger und komplexer, als es die simplifizierenden Begriffe nahelegen. Gleichwohl sol-

⁷ Vgl. Buchstab, Zauber, S. 100f.; Conze, Herausforderung, S. 24.

⁸ Karl Theodor von Guttenberg führte die als gefährlich verworfene „Schlagwort-Alternative von den ‚Gaullisten‘ und den ‚Atlantikern‘ in CDU/CSU“ auf die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* zurück, vgl. Guttenberg an Poppenberger, 11. 12. 1964, BAK N 1397, Bd. 80. Der damalige Regierungssprecher Karl-Günther von Hase vermutete im Zeitzeugengespräch, der *Welt*-Journalist Georg Schröder habe die Termini geprägt.

⁹ Vgl. NDR-Interview mit Schröder, 4. 11. 1963, DzD IV/9, S. 838; CBS-Interview mit Erhard, 1. 11. 1963, S. 1, ACSP LG-4.WP, Bd. 92. Zum folgenden vgl. Marcowitz, Option, S. 184f.; Koopmann, Bündnis, S. 16 Fn. 3; Oppelland, Schröder, S. 562f.; Conze, Staatsräson, S. 211.

¹⁰ Adenauers Urteil, in: Poppinga, Erinnerungen, S. 121, 131.

¹¹ Vgl. Erhard an Coudenhove-Kalergi, 14. 8. 1964, BAK N 1239, Bd. 165.

len sie im folgenden zur Bezeichnung der beiden deutlich erkennbaren außenpolitischen Strömungen in der CDU/CSU verwendet werden – fortan sogar ohne Anführungszeichen. Zum einen sind die Vokabeln längst in der Zeitgeschichtsforschung etabliert – auch in Ermangelung brauchbarer Alternativen.¹² Zum anderen besteht eben doch ein zentraler Kern sachlicher Übereinstimmungen der jeweiligen Lager mit ihren Namensgebern, so daß die Begriffe trotz ihres Reduktionismus letztlich nicht unzutreffend wichtige Grundtendenzen des außenpolitischen Orientierungskonfliktes subsumieren.¹³

Doch der außenpolitische Streit um unterschiedliche Konzepte und Methoden ist nur *ein* Strang der Kontroverse. Der skizzierte internationale Umbruch betraf alle im Bundestag vertretenen Parteien gleichermaßen und führte dennoch nur in der Union zu heftigen Verwerfungen zwischen Atlantikern und Gaullisten. Um dieses Phänomen zu erklären, gilt es deshalb – stärker als bislang in der Forschung geschehen –, die parteipolitische Dimension zu berücksichtigen. Erst die Interaktion von innerparteilicher Krise und außenpolitischem Konflikt ließ die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse zu einer Auseinandersetzung eskalieren, in der sich die CDU/CSU bis an den Rand der „Selbstzerfleischung“¹⁴ zerstritt.

Neuere Forschungen zur Geschichte der Bundesrepublik haben gezeigt, daß die 1960er Jahre als eine zweite formative Phase zu verstehen sind, in der die im Gründerjahrzehnt geschaffene Ordnung weiterentwickelt und umgebaut wurde. Außen-, vor allem aber innen- und gesellschaftspolitisch vollzogen sich grundlegende Wandlungsprozesse. Ein langfristiger Werte- und Mentalitätswandel begann sich durchzusetzen: Hierarchien in Gesellschaft und Politik wurden zunehmend hinterfragt, das Interesse an politischer Partizipation wuchs, und immer stärker bildete sich eine kritische Öffentlichkeit mit einer Kultur offener Diskussion heraus.¹⁵ Kurz, die Bundesrepublik nahm Abschied von patriarchalisch-autoritären Strukturen der Adenauerschen Kanzlerdemokratie. Obwohl die Union bis 1969 den Bundeskanzler stellte, wurden die 1960er Jahre für die Partei eine schwierige, von Orientierungssuche und halbherzigen Reformversuchen geprägte Dekade. Den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen stand sie weitgehend abwartend und nicht selten ablehnend gegenüber. Eine adäquate Antwort darauf blieb die Union zunächst ebenso schuldig wie auf den grundlegenden Wandel der konkurrierenden SPD seit deren Godesberger Programm. Zudem hatten der allgemeine Säkularisierungsprozeß der bundesdeutschen Gesellschaft und die damit einhergehende Erosion des katholischen Milieus unmittelbare Rückwirkungen auf Wählerstruktur und Wahlerfolge der CDU. All das ließ die Union über ihre program-matischen Grundlagen und ihren künftigen Weg unsicher werden.

¹² Die bei Grabbe, Unionsparteien, S. 468 entlehnte Anregung von Marcowitz, Option, S. 184 das Epitheton „gaullistisch“ durch „europazentrisch“ zu ersetzen, kann nicht überzeugen. Auch dieser Begriff ist nicht vor Fehldeutungen im Sinn eines Ausschließlichkeitsdenken gefeit. Zudem wäre „europazentrisch“ insofern irreführend, als gerade jene Integrationseuropäer, die einen engen (supranationalen) europäischen Zusammenschluß anstrebten, gerade nicht im gaullistischen Lager zu finden waren.

¹³ Vgl. Conze, Herausforderung, S. 23; Oppelland, Schröder, S. 563.

¹⁴ Loth, Picht, De Gaulle, S. 13. Vgl. Buchstab, Zauber, S. 100.

¹⁵ Vgl. Schildt, Siegfried, Lammers (Hrsg.), Zeiten; Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse; Görtemaker, Bundesrepublik, S. 475 ff.

Die Union war nie eine klassische Programmpartei gewesen. Sie hatte vielmehr ihre programmatische Orientierung aus der Person des Kanzlers und der Regierungspraxis geschöpft.¹⁶ Dabei kam der Außenpolitik eine wichtige Bedeutung zu. Die von Adenauer konsequent verfochtene Politik der Westintegration hatte lange die unterschiedlichen konfessionellen, regionalen und sozio-kulturellen Gruppierungen der Union zusammengeschweißt. Ausgerechnet in diesem Bereich begann nun die Einheit der Partei zu zerfallen. Insofern war es nur konsequent, wenn im Gefolge und im Gewande der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse schon längst überwunden geglaubte konfessionelle und regionale Spannungen wieder aufbrachen.

Hinzu kam die drängende Frage, wer den betagten Adenauer beerben sollte. Da Außenpolitik in der Union noch immer Vorrang vor anderen Politikfeldern genoß, erschien sie den zahlreichen Kanzleranwärtern besonders zur politischen Profilierung geeignet. Indem sich außenpolitische Streitfragen aufs Engste mit dem Nachfolgeproblem und innerparteilichen Machtkämpfen verknüpften, gewann die Kontroverse erheblich an Brisanz. Dabei wurden außenpolitische Probleme in hohem Maße personalisiert und zur Austragung parteiinterner Positionskämpfe instrumentalisiert – und zwar nicht nur in den verschiedenen Gremien von Regierung, Fraktion und Partei, sondern auch in den Medien.

In der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse verdichteten sich also eine Vielzahl verschiedener Handlungsebenen und Konfliktstränge zu einer brisanten Mischung und bildeten ein eng verwobenes, ineinander verschobenes Geflecht, das schon als „unentwirrbar“ bezeichnet wurde.¹⁷ Die vorliegende Arbeit will dieses Geflecht aufschlüsseln, durch Kontextualisierungen und Deutungsachsen plausibel und zugleich in seinem hochkomplexen Zusammenspiel verständlich machen.

2. Forschungsstand und Zielsetzung der Arbeit

Der Marburger Historiker Eckart Conze hat jüngst in einem Festschriftbeitrag bedauert, daß die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse „bislang monographisch noch nicht behandelt worden“ ist; eine „Studie, die die außenpolitischen, innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Dimensionen der Thematik behandelt und analytisch verknüpft“, bleibe „ein dringendes Desiderat“.¹⁸

Das bedeutet allerdings nicht, daß die Zeitgeschichtsforschung es versäumt hätte, Teilaspekte des Konfliktes zu untersuchen. Insbesondere im Bereich der Diplomatiegeschichte kann auf wichtige Vorarbeiten zurückgegriffen werden. In Handbüchern zur Bundesrepublik¹⁹ und ihrer Außenpolitik²⁰ hat dieser für die Regierungsparteien

¹⁶ Vgl. dazu Buchhaas, Volkspartei.

¹⁷ Vgl. Hildebrand, Von Erhard, S. 57; ebenso Buchstab, Zauber, S. 100.

¹⁸ Conze, Staatsräson, S. 200 Fn. 9.

¹⁹ Vgl. Schwarz, Ära II, S. 80ff., 225ff.; Hildebrand, Von Erhard, S. 57ff., 83ff.; Klessmann, Zwei Staaten, S. 68ff.; Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik, S. 143ff.; Görtemaker, Geschichte, S. 378ff.

²⁰ Vgl. Schöllgen, Außenpolitik, S. 56ff.; Hacke, Weltmacht, S. 105ff.; Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika, S. 175ff., 285ff.; Pfetsch, Außenpolitik, S. 161ff.; Noack, Außenpolitik, S. 88ff.; Haftendorn, Sicherheit und Entspannung, S. 278ff., 613ff.; Herbst, Option, S. 191ff.

so zentrale Konflikt natürlich Beachtung gefunden, bleibt dabei aber meist zu sehr auf die rein außenpolitische Dimension beschränkt.

Aus parteiengeschichtlicher Perspektive beleuchtet ein vor allem auf die CDU-Bundesvorstandsprotokolle gestützter Aufsatz von Günter Buchstab die Wirkung de Gaulles auf CDU/CSU.²¹ Hervorzuheben sind die Untersuchungen von Hans-Jürgen Grabbe zur Perzeption der amerikanischen Politik 1945–1966 durch Unionsparteien und SPD sowie Reiner Marcowitz' Werk über Reaktionen dieser beiden Volksparteien auf General de Gaulle 1958–1969.²² Durch ihre Fokussierung auf das bilaterale Verhältnis zu den USA bzw. Frankreich decken indes diese verdienstvollen Studien nur Teile des vielschichtigen Konfliktes ab. Wegen der 30-Jahres-Sperrfrist blieb Grabbe Archivmaterial verschlossen. Selbst Marcowitz stand ein Gutteil der in der vorliegenden Arbeit benutzten Akten noch nicht zur Verfügung, so daß sein Schwerpunkt auf der Ära Adenauer liegt, obwohl gerade die Kanzlerschaft Erhards die Hochphase des Atlantiker-Gaullisten-Streits bildete. Zudem bleiben Fragen der Instrumentalisierung außenpolitischer Argumente im innerparteilichen Machtkampf und das parteiinterne Beziehungsgeflecht unbeachtet. Diese Aspekte bezieht auch der amerikanische Historiker Ronald J. Granieri zu wenig in seine Studie über das Verhältnis der Adenauer-Union zur Westbindung 1949–1966 ein. Dafür weist er überzeugend nach, daß der Konflikt zwischen einer eher atlantischen bzw. kontinentaleuropäischen Westverankerung von Anfang an in der Partei angelegt war.²³

Eckart Conze hat nicht nur in dem erwähnten Artikel prägnant zentrale Aspekte der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse skizziert, sondern auch eine anregende Studie über die amerikanische Europapolitik angesichts der „gaullistischen Herausforderung“ vorgelegt, die wichtige Einblicke in die Dreiecksbeziehung Washington–Bonn–Paris in den Jahren 1958–1963 bietet.²⁴ In der kaum noch zu überschauenden Forschungsliteratur über Außenpolitik und Politikkonzepte der US-Administrationen Kennedys und Johnsons, die für die damalige westdeutsche Außenpolitik als ständige Referenzgrößen eminente Bedeutung besaß, erwies sich besonders Adrian Schertzs Studie über die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Ansätze und Binnenkonflikte in der amerikanischen Regierung und Thomas A. Schwartz' konzise Studie über Johnsons Europapolitik als weiterführend.²⁵ Auch für Person, Politik und Konzeption des französischen Staatspräsidenten de Gaulle konnte auf eine breite Palette hilfreicher Studien zurückgegriffen werden.²⁶

Für die Ära Adenauer und damit die Formierungsphase der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse sind die deutsch-französischen Beziehungen inzwischen gut erforscht. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst von Ulrich Lappenküpers magistralem Opus, in dem

²¹ Vgl. Buchstab, Zauber.

²² Vgl. Grabbe, Unionsparteien; Marcowitz, Option.

²³ Vgl. Granieri, Ambivalent Alliance.

²⁴ Vgl. Conze, Staatsräson; Conze, Herausforderung.

²⁵ Vgl. Schertz, Deutschlandpolitik; Schwartz, Shadow.

²⁶ Besondere Hervorhebung verdient das aus einem Kolloquium hervorgegangene enzyklopädische Werk *De Gaulle et son siècle*, aus dem die Beiträge deutscher Teilnehmer übersetzt vorliegen in Loth, Picht (Hrsg.), *De Gaulle. Eine zuverlässige Gesamtschau gaullistischer Außenpolitik* liefert als Altmeister französischer Außenpolitikgeschichte Vaisse, Grandeur; als Überblickstudie brauchbar Linsel, *De Gaulle und Deutschland*; instruktiv Lucas, *Europa*.

die oft erhobene, aber selbst in diplomatiegeschichtlichen Werken erstaunlich selten verwirklichte Forderung nach multinationaler, multiarchivalischer Forschung konsequent umgesetzt wurde, wenn auch weitgehend in traditionell politikgeschichtlichen Bahnen.²⁷ Zu den bilateralen Beziehungen nach 1963 dünnt die Forschung merklich aus.²⁸ Selbst in der bis 1965 reichenden Studie von Martin Koopmann, der exemplarisch anhand von Berlin-Krise, Fouchet-Plänen und MLF die Wirkung der deutsch-französischen Beziehungen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß der Bundesrepublik untersucht, liegt der Schwerpunkt auf der Adenauer-Ära.²⁹ Meist werden zudem lediglich Ministerien, allen voran das keineswegs immer zentrale Auswärtige Amt, fokussiert, während die Regierungsparteien und damit die innenpolitische Rückbindung kaum oder gar nicht in den Blick genommen werden. Symptomatisch dafür ist Manfred Steinkühlers ganz auf der Regierungsebene verharrende Darstellung über Entstehung und Praxis des deutsch-französischen Vertrages 1963–1969. Den Wert dieser Studie mindert weiterhin, daß ihr Autor oft mehr bemüht ist, personelle Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus aufzuzeigen, und Schwierigkeiten des bilateralen Verhältnisses allzu monokausal auf eine vermeintlich aus dieser Belastung resultierende frankophobe Grundhaltung der deutschen Diplomatie zurückführt.³⁰ Selbst in den nützlichen Studien des „Nuclear History Project“ zur Sicherheitspolitik³¹ bleibt die innenpolitische Rückkoppelung weitgehend marginalisiert.

Im Bereich der Europapolitik hat ein von Wilfried Loth herausgegebener Sammelband erste historiographische Schneisen durch die 60er Jahre geschlagen.³² Inzwischen liegen wichtige ideengeschichtliche Studien vor, welche jenseits der tagespolitischen Ebene die lange stiefmütterlich behandelte Bedeutung ideologisch bestimmter Perzeptionsmuster auf die deutsche Europapolitik eruieren. In seiner Untersuchung zur Ideenlandschaft der frühen Bundesrepublik hat Axel Schildt die Bedeutung der Abendland-Bewegung und deren autoritär-reaktionäre Züge herausgearbeitet.³³ Weniger akzentuiert bleibt indes die internationalistische Dimension des Abendlandgedankens und die darin begründete Ausstrahlungskraft auf Europakonzepte christlich-konservativer Gruppen. Diese erhellt Vanessa Conze in ihrer Tübinger Dissertation, in der die Entwicklung deutscher Europavorstellungen von der 1920er bis in die 1970er Jahre ergründet und mit Abendland-Konzept bzw. West-europäischer Idee luzide zwei kontrastierende Ordnungsmodelle mitsamt dazugehörigen Organisationsformen verglichen werden.³⁴

²⁷ Vgl. Lappenküper, *Beziehungen*. Vgl. ferner Schwarz (Hrsg.), *Frankreich*; Ders., *Erbfreundschaft*.

²⁸ Nennenswert die Überblicksdarstellungen von Soutou, *Alliance incertaine* und, mit kritischer Lesart, Ziebura, *Beziehungen*. Carine Germond (Straßburg) und Benedikt Schoenborn (Genf) bereiten Dissertationen zu den französisch-deutschen Beziehungen 1963–1969 vor.

²⁹ Vgl. Koopmann, *Bündnis*.

³⁰ Vgl. Steinkühler, *Vertrag*. Steinkühler selbst gehörte 1962–1965 dem Bundespresseamt, danach bis 1991 dem Auswärtigen Amt an.

³¹ Vgl. insbesondere Hoppe, *Nuklearfrage*; Steinhoff, *Pommerin*, *Strategiewechsel*; Haftendorn, *NATO-Krise*; ferner Küntzel, *Bonn und die Bombe*.

³² Vgl. Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*. Erhellend ferner Lappenküper, *Guter Europäer*; Ders., *Bau*.

³³ Vgl. Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika*.

³⁴ Vgl. Conze (vormals Plichta), *Ideen von Europa*. Vanessa Conze sei herzlich dafür gedankt, daß sie vorab die Einblicknahme in ihre Studie ermöglichte.

Auch parteigeschichtlichen Untersuchungen lassen sich weiterführende Aspekte zur Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse entnehmen. Neben parteinahen, aber seriösen und trotz fehlendem Anmerkungsapparat quellenfundierte Überblicksdarstellungen zur CDU³⁵ bietet Frank Böschs Parteistudie Einblick in organisatorische bzw. informelle Strukturen und Integrationsmechanismen, die das Zusammenwachsen des politischen Katholizismus und des „bürgerlichen“ Protestantismus zu einer politisch erfolgreichen Kraft erst ermöglichten.³⁶ Deutlich werden darin die fortwirkende Sprengkraft konfessioneller Spannungen³⁷ und Adenauers prägender Einfluß als Parteiführer – Elemente, die in der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse den langen Abschied von der „Adenauer-CDU“ so beschwerlich machen sollten. Unübertroffen für die programmatische Entwicklung der Union ist noch immer Dorothee Buchhaas' Untersuchung von 1981.³⁸

In Untersuchungen zu den Unionsparteien fristet die bayerische Schwesterpartei noch immer ein Schattendasein, das weder dem politischen Gewicht noch dem eigenständig-selbstbewußten Agieren der CSU gerecht wird.³⁹ Für die 60er Jahre liegt, abgesehen von Alf Mintzels Standardwerken⁴⁰, kaum ein auf Archivquellen gestütztes Werk zur CSU vor⁴¹: Der Wert älterer politologischer Studien über die außenpolitische Konzeption der CSU und ihres Vorsitzenden Strauß⁴² bleibt begrenzt und eine Studie zum spannungsreichen Verhältnis von CDU und CSU in den 1960er Jahren weiterhin ein Forschungsdesiderat.⁴³

Einen weiteren historiographischen Zugriff auf den Atlantiker-Gaullisten-Konflikt bieten Biographien führender Unionspolitiker. Hans-Peter Schwarz hat ein wegen seiner quellengesättigten Dichte rasch zum Standardwerk avanciertes Porträt des ersten Bundeskanzlers und seiner Epoche vorgelegt, das Sympathie und Bewunderung für den „Helden“ nicht verhehlt. Als „Anti-Schwarz“ hat darum Henning Köhler eine ebenso bedeutende Biographie vorgelegt, die trotz unverkennbarer Kritikfreude am Ende oft zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt.⁴⁴ Ludwig Erhard hat durch Volker Hentschel eine äußerst kritische Würdigung erfahren, die in ihrer Häme und Voreingenommenheit wiederholt allzu harsch urteilt. Eine um mehr Ausgewogenheit be-

³⁵ Vgl. Kleinmann, *Geschichte*; Becker, *Kleine Geschichte*; Lexikon der christlichen Demokratie.

³⁶ Vgl. Bösch, *Adenauer-CDU*.

³⁷ Vgl. dazu ferner Trippen, *Irritationen*; Hehl, *Irritationen*; ders., *Kirchen*; Oppelland, *Evangelischer Arbeitskreis*.

³⁸ Buchhaas, *Volkspartei. Zur organisatorischen Entwicklung ferner Schönbohm, Volkspartei; Pridham, Christian Democracy*. Ohne Archivquellen und durch politikwissenschaftliche Theorie blutleer-entmenslicht wirkend Dedring, *Adenauer, Erhard, Kiesinger*.

³⁹ Zum Forschungsstand vgl. Schlemmer, *Die aufsässige Schwester*, S. 287–324.

⁴⁰ Insbesondere Mintzel, *Geschichte der CSU*; ders., *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei*.

⁴¹ Eine Ausnahme bildet lediglich ein Aufsatz von Weber zur CSU-Landesgruppe im Bundestag. Nützlich, aber wenig kritisch der Jubiläumsband der parteinahen Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), *Volkspartei*.

⁴² Vgl. Bischoff, *Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik*; Eisner, *Das europäische Konzept*.

⁴³ Die Studie von Mächler, *CDU/CSU* beschränkt sich auf die 1950er und 1970er Jahre.

⁴⁴ Vgl. Schwarz, *Adenauer*. Bd. 1: *Der Aufstieg*; Bd. 2: *Der Staatsmann*; Köhler, *Adenauer*. Ohne neue Erkenntnisse gegenüber diesen beiden Darstellungen Williams, *Adenauer*.

mühte amerikanische Studie wird dem langjährigen Wirtschaftsminister und zweiten Bundeskanzler eher gerecht, reicht aber bei der archivalischen Recherche nicht an Hentschels hohes Niveau heran.⁴⁵ Ein von viel Sympathie getragenes Erhard-Bild entwirft Daniel Koerfers spannende Monographie über den intrigenreichen Streit zwischen Erhard und Adenauer um die Kanzlernachfolge.⁴⁶

Über Gerhard Schröder hat Franz Eibl aus den Akten des Auswärtigen Amts eine instruktive Studie zu dessen Wirken als Außenminister 1961–1966 erarbeitet, die mit ihrem diplomatiegeschichtlichen Fokus den innenpolitischen Konflikten nicht immer hinreichend Rechnung trägt.⁴⁷ Eine kenntnisreiche Gesamtbiographie dieses, als ein Hauptvertreter des atlantischen Lagers geltenden Unionspolitiker hat Torsten Oppelland vorgelegt,⁴⁸ die verdeutlicht, warum gerade Schröder als Person so polarisierend wirkte: Neben einem distanzierten, als „kühl“ bzw. kalt geltenden Naturell besaß Schröder zeitlebens ein stark vom Vorrang der Exekutive bestimmtes, etatistisches Politikverständnis. Entsprechend wenig Neigung zeigte er, Parlamentariern Mitsprache in Entscheidungen seines Ministeriums zu gewähren – was ihm entsprechend verübelt wurde.

Trotz seiner Bedeutung für die Entwicklung der Bundesrepublik existiert über den langjährigen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der rasch als ein Wortführer des gaullistischen Lagers galt, noch keine, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie.⁴⁹ Zu Karl Theodor von und zu Guttenberg, dem neben Strauß führenden Außenpolitiker der CSU in den 60er Jahren, gibt es die materialreiche Untersuchung von Ulrich Wirz, der allerdings ohne quellenkritische Distanz zumeist der Sichtweise seines Protagonisten folgt.⁵⁰ Als Manko erweist sich ferner, daß die Arbeit mit Bildung der Großen Koalition und von Guttentbergs Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt abbricht. Gerade die in diesem Amt praktizierte Politik erlaubt aber aufschlußreiche Rückschlüsse auf die in den Vorjahren vertretenen Positionen. Über Kurt Georg Kiesinger, den Kanzler der Großen Koalition, hat Philipp Gassert eine quellengesättigte, wohlreflektierte Biographie vorgelegt.⁵¹ Kiesingers Außen- und Deutschlandpolitik untersucht Dirk Kroegel, al-

⁴⁵ Vgl. Mierzejewski, Erhard. Die lohnende Kurzbiographie des langjährigen Leiters der Ludwig-Erhard-Stiftung, Volker Laitenberger, Erhard, verzichtet auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat.

⁴⁶ Vgl. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt.

⁴⁷ Vgl. Eibl, Politik. Schröders umfangreicher Nachlaß im ACDP blieb Eibl noch verschlossen.

⁴⁸ Vgl. Oppelland, Schröder. Überraschender Weise bleibt Oppellands Quellengrundlage indes weitgehend auf den Schröder- und Krone-Nachlaß beschränkt.

⁴⁹ Peter Siebenmorgen, der vollen Zugang zum Strauß-Nachlaß erhielt, hat seit langem eine bislang nicht erschienene Biographie angekündigt; vgl. lediglich seine Aufsätze, Strauß; Militär. Der Strauß gewogenen Überblicksdarstellung von Krieger, Strauß fehlt ein Anmerkungsapparat. Analyseschwach und auf Quellenkritik bzw. (unveröffentlichtes) Archivmaterial verzichtend Finger, Strauß. Im Geist der untergegangenen DDR verbleibt Behrend, Strauß. Unter journalistischen Darstellungen verdient die Arbeit des *Spiegel*-Redakteurs Bickerich, Strauß Hervorhebung, auch wegen der Dokumente im Anhang.

⁵⁰ Vgl. Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition.

⁵¹ Vgl. Gassert, Kiesinger. Philipp Gassert sei für den regen Austausch und die vorzeitige Einsichtnahme in seine Habilitationsschrift herzlich gedankt. Vgl. ferner Buchstab, Gassert, Lang (Hrsg.), Kiesinger.

lerdings auf zu dünner Quellengrundlage.⁵² Vorbildhaft bleibt dagegen Daniela Taschlers Analyse der außenpolitischen Debatte innerhalb der CDU/CSU-Fraktion während der Großen Koalition.⁵³ Zu weiteren Protagonisten des Atlantiker-Gaullisten-Streits sind jüngst nützliche, Nachlaß-gestützte Biographien entstanden, so zum langjährigen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, zu Kai-Uwe von Hassel, dem Verteidigungsminister der Jahre 1963–1966, sowie zum Abgeordneten Kurt Birrenbach, der, Kreisen der Schwerindustrie entstammend, zu einem führenden Außenpolitikexperten der Unionsfraktion heranwuchs und als wichtiges Mitglied der westlichen *strategic community* über exzellente Kontakte verfügte.⁵⁴ Dem biographischen Genre entsprechend, wird die außenpolitische Kontroverse dabei allerdings, wenn überhaupt, lediglich aus der Perspektive des Porträtierten wahrgenommen und erzählt.

Insgesamt liegen also wichtige Vorarbeiten zu einzelnen Aspekten bzw. Protagonisten der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse vor. Dabei ist die politikgeschichtliche Genese des Konfliktes in der Ära Adenauer deutlich besser erforscht als die eigentliche Hochphase in der Kanzlerschaft Erhards oder der Ausklang in der Großen Koalition. Was noch immer fehlt, ist ein Werk, das den Streit über seine ganze Dauer hinweg untersucht und in einer Gesamtschau seine mannigfachen Ebenen in ihrer Interaktion und Verwobenheit herausarbeitet.

Die vorliegende Arbeit versucht, eine solche Synthese im Schnittbereich von Parteien- und Diplomatiegeschichte zu leisten. Sie kann und will dabei keine Gesamtdarstellung der Geschichte der Unionsparteien in den 1960er Jahren präsentieren, noch weniger des bundesdeutschen Parteiensystems insgesamt. Ebenso wenig handelt es sich um eine erschöpfende Untersuchung der westdeutschen Außenpolitik von Adenauer bis Kiesinger.

In einer parlamentarischen Demokratie wird Außenpolitik nicht allein von der Regierung bestimmt und kann nur durchgesetzt werden, wenn sich eine ausreichende parlamentarische Mehrheit findet. In Weiterentwicklung der traditionellen Diplomatiegeschichte, die fast ausschließlich auf die Exekutive und das Handeln von Ministerien beschränkt bleibt, soll hier das meist ausgeblendete innenpolitische Vorfeld der Außenpolitik untersucht werden, genauer: der Entscheidungsfindungsprozeß innerhalb der Unionsparteien und seine praktische Umsetzung in und durch die von ihr geführten Bundesregierungen. Indem die Arbeit die innerparteilichen Voraussetzungen klärt, zeigt sie wesentliche Konditionen und Restriktionen der bundesdeutschen Außenpolitik jener Jahre auf. Insofern möchte die Studie einen Beitrag leisten zu einer modernen Geschichte der internationalen Beziehungen, die durch stärkere Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Dimension die klassische Diplomatiegeschichte methodisch zu erneuern sucht.⁵⁵

⁵² Vgl. Kroegel, Anfang. Eine beeindruckende multiarchivalische, multinationale Untersuchung stellt Oliver Banges Habilitationsschrift, Ostpolitik und Détente. Die Anfänge 1966–1969. Mannheim 2004 dar, die für die vorliegende Arbeit indes nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Vgl. lediglich Bange, Deutschlandpolitik.

⁵³ Vgl. Taschler, Herausforderungen.

⁵⁴ Vgl. Gniss, Gerstenmaier; Speich, Hassel; Hinrichsen, Ratgeber.

⁵⁵ Vgl. Conze, Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftsgeschichte, S. 131 ff.

Zu klären gilt, weshalb die Unionsparteien auf die weltpolitischen Wandlungsprozesse der 1960er Jahre mit der Herausbildung zweier antagonistischer innerparteilicher Lager reagierten. Welcher Zusammenhang bestand zwischen der außenpolitischen Lagerbildung und innerparteilichen Bruchlinien? Wie festgefügt, wie dynamisch waren die Lager? Was hielt sie zusammen? Wo gab es Binnendifferenzierungen? Dafür soll das innere Funktionsgefüge der CDU/CSU analysiert werden, insbesondere über ein Dutzend führende Unionspolitiker als maßgebliche Akteure, ihre biographischen und sozialen Prägungen, ihre wechselseitigen Beziehungen, außenpolitischen Konzepte und Umsetzungsstrategien.

Im Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten wurden Sachfragen in hohem Maße personalisiert. Vor diesem Hintergrund muß sich das Erkenntnisinteresse auch auf die Frage richten, welches Gewicht neben Differenzen auf außenpolitischer Ebene persönlichen Animositäten und Rivalitäten der Protagonisten und ihrem Streben nach politischer Profilierung zukommt. Die Frage der persönlichen Beziehungen stellt eine Dimension dar, die in der Historiographie meist zögerlich, unreflektiert und allenfalls am Rande aufgegriffen wird, obwohl kaum ein aktiver Politiker bestreiten würde, daß Sachentscheidungen teils erheblich von diesem Faktor beeinflusst werden. Beim außenpolitischen Richtungsstreit der 1960er Jahre haben etliche Protagonisten zu erkennen gegeben, daß die Auseinandersetzung massiv von zwischenmenschlichen Spannungen bestimmt wurde.⁵⁶ Die Arbeit wendet sich daher gegen Tendenzen, in der Rückschau alle Streitpunkte zu versachlichen und so die möglicherweise ebenso handlungsleitende Bedeutung personeller Querelen zu übersehen.

Umgekehrt liegt der Studie die Prämisse zugrunde, daß sich die Auseinandersetzungen zwischen Atlantikern und Gaullisten genausowenig allein auf einen internen Machtkampf führender Unionspolitiker reduzieren lassen. So geht die Untersuchung des innerparteilichen Streits über eine bloße Konfliktgeschichte hinaus, indem sie gleichsam auf einer ersten – außenpolitischen – Ebene nach unterschiedlichen sachpolitischen Konzepten und Methoden fragt, auf einer zweiten – personalpolitischen – nach den persönlichen Interessen der Protagonisten, ihrem taktisch-machtpolitischen Kalkül und ihrer Einbindung in innerparteiliche Netzwerke. Da die Ausprägung der hier berücksichtigten emotionalen Strukturen wiederum von längerfristigen politisch-wertbezogenen Grundhaltungen abhängt, gilt es darüber hinaus auf einer dritten – kulturell-ideengeschichtlichen – Konfliktebene zu ergründen, welche Denktraditionen in der Kontroverse fortwirkten. Welcher Einfluß kam bestimmten Ideengebäuden oder konfessionellen und landsmannschaftlichen Prägungen zu?

Anliegen der Arbeit bleibt es, das enge, komplementär aufeinander bezogene Zusammenspiel der verschiedenen Konfliktebenen und -dimensionen der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse aufzuzeigen, insbesondere die Verschränkung von Außen- und Parteipolitik, den Einfluß und die Veränderung innerparteilicher Beziehungsstrukturen und das komplexe Ineinandergreifen tagespolitischer Interessen, persönlichen Kalküls und längerfristiger Konzepte.

⁵⁶ Vgl. Barzel, *Gewagtes Leben*, S. 219; Kusterer, *Kanzler*, S. 426. Der amerikanische Botschafter in Bonn betonte 1964: „The problem of Gaullism in Germany has been as much a question of internal politics within the CDU/CSU as of foreign relations strictly speaking“, FRUS 1964–1968, XV, S. 273.

3. Quellenlage und Vorgehensweise

Die Quellenlage ist mittlerweile ausgezeichnet. Für den Bereich der Außenpolitik liegen hervorragende Akteneditionen vor. An erster Stelle sind die *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)* zu nennen, welche die westdeutsche Außenpolitik mit Materialien des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA/AA) ab dem Jahre 1963 und damit für einen Großteil des Untersuchungszeitraums abdecken. Zur Vertiefung wurden darüber hinaus im PA/AA vor allem die bislang in der Forschung kaum genutzten Unterlagen der Inlandsreferate des Auswärtigen Amtes herangezogen, insbesondere des Kabinetts- und Parlaments- bzw. des Pressereferats.

So selbstverständlich, wie in jedem ordentlichen Gerichtsverfahren das klassische Postulat des „*audiatur et altera pars*“ zu gelten hat, sollte es eigentlich sein, daß eine um Ausgewogenheit bemühte Studie zur Internationalen Geschichte nicht allein anhand der nationalen Überlieferung nur *einer* Seite geschrieben werden kann. Daher wurden für die vorliegende Arbeit Akten amerikanischer, französischer und britischer Provenienz herangezogen, um die von diesen Ländern tatsächlich verfolgte Politik mit ihrer jeweiligen Wahrnehmung und Interpretation durch die außenpolitischen Lager der Union vergleichen und so aufschlußreiche Übereinstimmungen oder Friktionen aufzeigen zu können. Zudem liefern gerade die Unterlagen dieser externen Konfliktbeobachter plastische Einblicke in die Formierung und innerparteiliche Rückbindung der deutschen Außenpolitik: Zum einen legten führende Protagonisten der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse häufig ihre handlungsleitenden Motive, Absichten und Sorgen gegenüber diplomatischen Vertretern des befreundeten Auslandes offener dar als im Kreis von Parteifreunden, wo taktische Rücksichtnahme geübt wurde. Zum anderen erhöht ein Abgleich von Unterredungen und Briefwechseln aus multiarchivalisch-multinationaler Perspektive die Stichhaltigkeit der Überlieferung. So wurden Bände der *Foreign Relations of the United States (FRUS)* herangezogen, vereinzelt britisches Archivgut aus dem Public Record Office in Kew und die auf Akten des Quai d'Orsay beruhende Edition *Documents Diplomatiques Français (DDF)*. Die letztgenannte Publikationsreihe reicht bisher nur bis Ende 1965 und läßt, im Gegensatz zu den umfangreicheren FRUS-Bänden, wo zahlreiche abweichende Stimmen aus dem polykratischen Geflecht der US-Administration Eingang gefunden haben, die Tendenz durchscheinen, sich auf eine, die offizielle Politik affirmierende Aktenauswahl zu beschränken.⁵⁷ Die vier Bände *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949-1963 (BDFD)* erschließen mit einer Vielzahl zuvor teils unveröffentlichter Quellen das breite Spektrum der bilateralen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen in der Ära Adenauer.⁵⁸ Als weitere wichtige Quellensammlungen für öffentliche Erklärun-

⁵⁷ Zusätzlich wurden edierte Briefe und Ansprachen de Gaulles (*Lettres, Notes et Carnets; Discours et Messages*) ausgewertet. Aufschlußreich die Aufzeichnungen von de Gaulles Informationsminister Peyrefitte, die auf Notizen ihrer damaligen Gespräche beruhen (*C'était de Gaulle*, Bde. I bis III).

⁵⁸ Die Dokumentation Kimmel, Jardin, *Die deutsch-französischen Beziehungen* beschränkt sich dagegen auf die Wiedergabe amtlicher Kommunikqués, Pressekonferenzen und Parlamentsdebatten.

gen, Äußerungen und Artikel wurden die *Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD)*, das *Archiv der Gegenwart*, das *Bulletin* des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, die *Stenographischen Protokolle des Deutschen Bundestages* und Veröffentlichungen der Parteien, wie Parteitagsdokumentationen, Redensammlungen und Pressedienste, herangezogen. Angesichts der im Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten offenkundigen Bedeutung der Medien wurden weiterhin systematisch zahlreiche Tages- und Wochenzeitungen sowie politisch einflußreiche Zeitschriften ausgewertet.

Einen unentbehrlichen Quellenfundus dieser Studie bilden die Niederschriften der verschiedenen Unionsgremien. Die vom Autor noch im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St. Augustin eingesehenen Protokolle der CDU/CSU-Fraktion, gewöhnlich eine Mischung aus Wort- und resümierenden Verlaufsprotokoll, liegen seit 2004 dank der Berliner (vormals Bonner) Parlamentarismus-Kommission in edierter Form vor.⁵⁹ Einen ähnlich detaillierten Einblick in interne Diskussionen ermöglichen die von Günter Buchstab edierten Wortprotokolle des CDU-Bundesvorstandes, die inzwischen bis 1969 vorliegen. In dem nominell obersten Führungsorgan der CDU wurden Probleme offener thematisiert als in der Bundestagsfraktion, wo angesichts der größeren Teilnehmerzahl häufiger Indiskretionen auftraten. Neben Materialien aus dem Bestand Parteivorsitzende wurden die Unterlagen weiterer Fraktions- und Parteigremien im ACDP herangezogen, insbesondere der Führungsgremien Präsidium und Fraktionsvorstand. Indes liefern die knappen Ergebnisprotokolle des Präsidiums wenig Aufschluß über Gang und Argumentationsführung der Debatte. Die Überlieferung für den Fraktionsvorstand ist noch problematischer, da größtenteils nur handschriftliche Protokollnotizen vorliegen; selbst diese Überlieferung endet im August 1965.⁶⁰ Entscheidende Sitzungen ließen sich jedoch aus Mitschriften, handschriftlichen Notizen und Berichten in Nachlässen rekonstruieren. Ähnliches trifft auf den Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion zu, den sogenannten Arbeitskreis V (AK V)⁶¹, der im Gegensatz zum Auswärtigen Ausschuß des Bundestags⁶² keine ständigen Protokolle führte. Hier erwiesen sich insbesondere die Aufzeichnungen, die Beamte aus den Parlamentsreferaten der zuständigen Bundesministerien verfaßten, als aussagekräftig, ebenso Briefe und Tagebucheintragungen aus Nachlaßüberlieferungen.

⁵⁹ Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1961–1966. Indes reicht die knappe Kommentierung nicht an das bisherige Editions-niveau heran, was angesichts der damals aktuellen Diskussion um die Zukunft der verdienstvollen Parlamentarismus-Kommission auf widrige forschungspolitische Umstände zurückzuführen sein dürfte.

⁶⁰ Vgl. dazu detailliert Franz, Einleitung, in: CDU/CSU-Fraktion 1961–1966, S. XCVff.

⁶¹ Der seit 1953 bestehende Arbeitskreis diente der Meinungsbildung in der Fraktion und der Vorbereitung außenpolitischer Debatten im Bundestag, vgl. Gespräch mit Kraske; Dexheimer, Hartmann, Arbeitskreise, S. 232ff. Da die Aussprache der dort versammelten Außenpolitik-Experten häufig präjudizierende Wirkung hatte, beteiligten sich Außen-, Verteidigungs- und – solange CDU-beherrscht – Gesamtdeutsches Ministerium in erheblichem Umfang, vgl. Aufzeichnung Carstens „Teilnahme von Abteilungsleitern an Sitzungen der Arbeitskreise für außenpolitische Fragen der CDU- und der FDP-Fraktion“, 19.1.1962, PA/AA, B 2 (Büro StS), Bd. 90.

⁶² Vgl. Auswärtiger Ausschuß 1961–1965. Wolfgang Hölscher sei dafür gedankt, daß er dem Verfasser vorab Einblicknahme in die Ausschußprotokolle ermöglichte.

Wie erwähnt, liegt dieser Arbeit die Prämisse zugrunde, daß der politische Prozeß national wie international neben stets wirksamen strukturellen Rahmenbedingungen konstitutioneller, institutioneller bzw. ökonomischer Art auch von historisch-biographischen Erfahrungen der entscheidungsrelevanten Akteure, ihren individuellen und kollektiven Denk- und Perzeptionsmustern, aber eben auch von persönlichen Sympathien und Antipathien beeinflusst und geprägt wird. Insofern bilden die Nachlässe der damaligen Hauptkontrahenten einen weiteren, unverzichtbaren Quellenfundus, nicht zuletzt, weil das dort überlieferte privat(dienstlich)e Material gegenüber zeitgleichen öffentlichen oder dienstlichen Äußerungen einen bisweilen weniger stark von taktisch-opportunistischen Rücksichten und Überlegungen bestimmten Einblick in Denken und Handeln bzw. zwischenmenschliche Beziehungsstrukturen und Interaktionen erlaubt.

So bilden die inzwischen weitgehend edierten Tagebücher des Adenauer-Vertrauten, langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Sonderministers Heinrich Krone für die Ära Adenauer-Erhard eine zeithistorische Quelle ersten Ranges.⁶³ Aufgrund seiner Schlüsselposition in unmittelbarer Nähe des Machtzentrums erweist sich Krone als zuverlässiger Chronist. In seinen Aufzeichnungen entwirft er plastische Porträts seiner Mitmenschen und ermöglicht weitreichende Einblicke hinter die Kulissen von Bundesregierung und Unionsparteien. So verwundert es nicht, daß sich Schwarz, OPELLAND und Hentschel stark auf die Krone-Tagebücher stützen. Allerdings ist letzterer bisweilen Krones bestechenden Formulierungen und stringent wirkender Argumentation erlegen und deutet so die Ereignisse allzu sehr aus Krones subjektiver Perspektive. Während Krones Aufzeichnungen zum Teil noch von ihm selbst mit Blick auf die spätere Nutzung durch Historiker redigiert wurden, zeichnet sich das erst kürzlich für die Forschung erschlossene Tagebuch des Arbeitskreis V-Vorsitzenden Ernst Majonica⁶⁴ durch einen spontanen, ungefilterten Charakter aus. Seine teils nur stichwortartigen Eintragungen stellen nicht nur ein atlantisches „Korrektiv“ dar, sondern zugleich ein aufschlußreiches, hier erstmals ausgewertetes Zeugnis für die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse.

Aufschluß über Hintergründe und Motive der Politik Adenauers bieten die von Hans Peter Mensing in der „*Rhöndorfer Ausgabe*“ mustergültig edierten „Teegespräche“ – dabei handelt es sich um informelle Hintergrundgespräche mit Journalisten – bzw. die bis 1961 vorangeschrittene Edition der Adenauer-Briefe. Wenig erforscht ist dagegen Adenauers politische Rolle nach seinem Ausscheiden aus dem Palais Schaumburg. Hierfür wurde in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) in Rhöndorf insbesondere der die Zeit nach dem Rücktritt umfassende Bestand II ausgewertet.

Weniger dicht ist der im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung (LESt) in Bonn eingesehene Nachlaß des zweiten Bundeskanzlers. Als ergiebig erwiesen sich dagegen die

⁶³ Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1: 1945–1961, Bd. 2: 1961–1966. Noch vor Erscheinen des zweiten Bandes 2004 wurden die Tagebuch-Transkripte Krones im ACDP bis zum Jahr 1969 eingesehen. Weitere Auszüge, die indes weitgehend Krones im Zusammenhang dieser Arbeit besonders interessierende Urteile über Parteifreunde ausklammern, finden sich in Morsey, Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien III, S. 134–201.

⁶⁴ Zur Person vgl. Buchstab, Majonica; Henkels, 99 Bonner Köpfe, S. 197–199.

im ACDP ruhenden Nachlässe weiterer Protagonisten der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse, insbesondere die von Gerhard Schröder, Heinrich Krone, Eugen Gerstenmaier und Ernst Majonica. Neben Beständen des Bundeskanzleramtes (B 136) wurden im Bundesarchiv Koblenz (BAK) Unterlagen aus dem Depositum von Rainer Barzel und dem Nachlaß von Heinrich von Brentano ausgewertet, denen durch ihr Amt als Fraktionsvorsitzende eine Schlüsselposition zufiel.⁶⁵ Aufschluß über Denken und Handeln der gaullistischen Strömung der Union bietet vor allem der umfangreiche Nachlaß von Karl Theodor von Guttenberg. Zusätzlich wurden im Bundesarchiv die Nachlässe des Hamburger CDU-Vorsitzenden Erik Blumenfeld und von Karl Carstens, der als Staatssekretär im Außen- (1960–1966) und Verteidigungsministerium (1966/67) bzw. Bundeskanzleramt (1968/69) die Außenpolitik maßgeblich mitgestaltete, sowie ergänzend weitere Nachlässe⁶⁶ herangezogen. Neben den kaum über Archivsplitter hinausreichenden Beständen von Joseph Hermann Dufhues und Ludger Westrick wurden im ACDP die Nachlässe von Kurt Georg Kiesinger, Kai-Uwe von Hassel und Kurt Birrenbach nur selektiv ausgewertet, da ein Großteil ihrer Korrespondenz durch Parallelüberlieferungen in anderen Nachlässen erschlossen wurde und zu ihnen erst jüngst materialreiche wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten vorgelegt wurden.

Besonderes Gewicht kam bei Auswertung der Nachlässe neben Handakten, Reden, Gesprächs- und Sitzungsprotokollen den Korrespondenzen der Akteure zu – nicht zuletzt, weil sich daraus Rückschlüsse auf die innerparteiliche Binnenstruktur und personale Netzwerke ergaben. Oftmals sieht sich der Historiker jedoch mit dem Dilemma konfrontiert, daß politische Routiniers um Gefahren und Fallstricke einer leicht in falsche Hände geratenden schriftlichen Fixierung wissen. In heiklen Sach- und Personalfragen wird daher in den Quellen nicht selten nur auf eine mündliche Aussprache am Telefon oder in direkter Begegnung verwiesen. Indes hatten Gesprächspartner oft weniger Skrupel, über eben diese Aussprache Schriftliches zu berichten, oft an abgelegener Stelle gegenüber Vertrauten und persönlichen Freunden. Insofern glich die Forschungsarbeit bisweilen einer Art historischem Puzzlespiel, bei dem in detektivischer Kleinarbeit Fährten und Verbindungen nachzuspüren und die solchermaßen überlieferten Angaben und ihre Zuträger mit kritischer Sorgfalt zu überprüfen waren. Als aufschlußreich erwiesen sich hier, auch für die Rekonstruktion von Netzwerken, die bislang selten genutzten Nachlässe unionsnaher Journalisten wie Paul Wilhelm Wenger oder Ludwig von Danwitz bzw. des amerikanischen Deutschland-Experten Christopher Emmet vom American Council on Germany.

Im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung München (ACSP) konnten zudem neben den Wortprotokollen des CSU-Landesvorstandes Teile des lange für die Forschung gesperrten Nachlasses von Franz Josef Strauß ausgewertet werden.⁶⁷

⁶⁵ Brentano war 1949–1955 bzw. 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und 1955–1961 Außenminister. Zur Person vgl. Kosthorst, Brentano; Koch (Hrsg.), Brentano. Barzel war 1963–1973 Fraktionsvorsitzender. Zur Person vgl. Agethen, Barzel.

⁶⁶ U. a. der Bundesminister Hermann Höcherl, Elisabeth Schwarzhaupt und Hans-Christoph Seebohm sowie von Bundespräsident Heinrich Lübke und des FDP-Fraktionsvorsitzenden Knud von Kühlmann-Stumm.

⁶⁷ Zum Erschließungsstand Brüggemann, Nachlaß Strauß, S. 106 ff.

Was zur Relevanz ausländischer Aktenbestände ausgeführt wurde, gilt in ähnlicher Weise für Quellen von SPD und FDP. Deren Kurs und Positionen als parteipolitischer Konkurrenz blieben nicht ohne Rückwirkung auf die Unionsparteien. Gerade angesichts der häufig Parteigrenzen überschreitenden Interaktion der Lager von Atlantikern und Gaullisten ermöglichten diese Quellen einen vertieften Einblick ins Binnenleben der Union.⁶⁸

Als lohnende Quellengattung für die Motivlage der Akteure und ihr wechselseitiges Verhältnis erwies sich auch die reichhaltige Memoirenliteratur. Etliche Protagonisten haben zum Teil ausführliche Lebenserinnerungen hinterlassen, so Franz Josef Strauß, Eugen Gerstenmaier, Rainer Barzel und Kurt Birrenbach⁶⁹. Daneben konnte auf Erinnerungen „einfacher“ Abgeordneter, politischer Mitarbeiter, Weggefährten und Gegenspieler, aber auch ausländischer Politiker und von Diplomaten des In- und Auslandes zurückgegriffen werden. Besondere Hervorhebung verdienen die von Horst Osterheld, dem Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt unter Adenauer, Erhard und Kiesinger (1960–1969) anhand seiner damaligen Tagebuchaufzeichnungen verfaßten dokumentarischen Berichte sowie die Erinnerungen des Chefdolmetschers des Auswärtigen Amtes, Hermann Kusterer, der aus seiner Bewunderung für Adenauer und vor allem de Gaulle nie einen Hehl macht.⁷⁰

Zur Ergänzung und Abrundung der aus Quellen und Literatur gewonnenen Erkenntnisse wurde eine Reihe von Zeitzeugeninterviews mit Beamten und Unionspolitikern geführt, die in das damalige Geschehen involviert waren. Diese Gespräche vermittelten manch weiterführende Erkenntnisse oder dienten als nützliches Korrektiv. Allen Gesprächspartnern sei an dieser Stelle sehr herzlich für ihre Hilfe gedankt.

Im folgenden gliedert sich die Studie in drei, chronologisch den Bundeskanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger zugeordnete Teile, da deren Amtszeit den Phasen des Streits zwischen Atlantikern und Gaullisten mit Genese, Höhepunkt und Ausklang entspricht. Zudem weist jede Kanzlerschaft eigene konfliktprägende Spezifika auf, die sich aus Koalitionsarithmetik, Regierungsstil und Persönlichkeit des Kanzlers ergaben, aber auch aus der Verortung weiterer maßgeblicher Akteure im bundespolitischen Machtgefüge und innerparteilichen Beziehungsgeflecht.

In dem der Ära Adenauer gewidmeten Teil A der Untersuchung werden im systematisierenden Kapitel I längerfristige Konzeptionen und Prägungen erkundet, die den Konflikt beeinflussen. Hier gilt es, Wurzeln der beiden unterschiedlichen außenpolitischen Denkschulen in der Union zu ergründen. Anschließend werden die außen- und innenpolitischen Veränderungen analysiert, die den Boden für den zu untersuchenden

⁶⁸ Die Auswertung blieb auf ediert vorliegendes Quellenmaterial beschränkt. Für die SPD wurden die Protokolle der SPD-Fraktion 1961–1966, die „Berliner Ausgabe“ des Nachlasses von Willy Brandt sowie der online-digitalisierte SPD-Pressedienst herangezogen. Hilfreich ferner die quellennahen Biographien führender SPD-Politiker, insbesondere Soell, Erler; Soell, Helmut Schmidt; Merseburger, Brandt; Leugers-Scherzberg, Wehner; Weber, Carlo Schmid. Für die FDP erwiesen sich neben dem eher dünnen FDP-Bundesvorstand vor allem die Tagebücher von Wolfgang Schollwer als ertragreich.

⁶⁹ Birrenbachs Bericht über seine „Sondermissionen“ verdient insofern besondere Erwähnung, da er darin mit geringen Änderungen seine zeitgenössischen Expertisen wiedergibt. Auch von Gutenbergs „Fußnoten“ stellen trotz ihres aphorismenhaften Charakters ein aufschlußreiches Selbstzeugnis dar.

⁷⁰ Osterheld, Kanzlerjahre; Osterheld, Außenpolitik; Kusterer, Kanzler.

Konflikt vorbereiteten. Insbesondere im Zeichen der Berlin-Krise entwickelten sich der französische Staatspräsident de Gaulle und der amerikanische Präsident Kennedy zu Polarisationspunkten, welche die Union immer stärker in ein gaullistisches und ein atlantisches Lager spalteten (Kapitel II). Entsprechend der Grundthese der vorliegenden Arbeit, daß die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse ihre Brisanz wesentlich durch die enge Verzahnung von Außen- und Parteipolitik gewann, wird längsschnittartig in Kapitel III den gesellschafts- und innenpolitischen Ursachen der sich in der späten Ära Adenauer immer deutlicher abzeichnenden Krise der Unionsparteien nachgegangen. 1962 nahmen die antagonistischen Lager mit dem Höhepunkt der deutsch-französischen Annäherung bei gleichzeitiger Krise der transatlantischen Beziehungen endgültig Form an bzw. erfolgten im Zuge der *Spiegel*-Affäre weitere sachliche und personelle Weichenstellungen (Kapitel IV). 1963 entbrannte der Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten dann offen in den Auseinandersetzungen um den Elysée-Vertrag und das Teststoppabkommen (Kapitel V).

Auch in Teil B über die Hochphase der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse während der Kanzlerschaft Erhards lassen sich Phasen mit unterschiedlicher Konfliktdensität ausmachen: die Verhärtung der Fronten bis Sommer 1964 (Kapitel II), die Eskalation in der zweiten Hälfte jenes und zu Beginn des folgenden Jahres (Kapitel III), eine retardierende Periode angesichts des Bundestagswahlkampfes 1965 (Kapitel IV) mit anschließend erneut intensivierten Auseinandersetzungen (Kapitel V), die schließlich zum Fall der Regierung Erhard führten (Kapitel VI). Innerhalb dieser zeitlichen Abschnitte werden dabei einzelne Themenkreise fokussiert, wie das Verhältnis zu Frankreich bzw. Fragen der Europapolitik, der Sicherheits- und Nuklearpolitik sowie, untrennbar mit dem Streit über den richtigen Kurs der Westpolitik verbunden, Probleme der Ost- und Deutschlandpolitik.

In der Zeit der Großen Koalition – dem kurzen Teil C der Studie – veränderten sich mit der Regierungsbeteiligung des nahezu gleich starken Koalitionspartners SPD und vor allem mit der weitgehenden Klärung der innerparteilichen Machtfragen in der CDU/CSU die Grundkoordinaten des Atlantiker-Gaullisten-Streits wesentlich. Hier ist aufzuzeigen, warum der zuvor so heftig ausgefochtene Konflikt nun vergleichsweise rasch und unspektakulär ausklingen konnte. Die Schlußbetrachtung faßt die Ergebnisse der Untersuchung zusammen, bewertet die hinter der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse stehenden Triebkräfte und ergründet fortwirkende Grundkonstellationen.

Teil A

Genese der Atlantiker-Gaullisten-
Kontroverse in der Ära Adenauer

Kapitel I

Zwischen Abendland und Amerika: Außenpolitische Denktraditionen in den Unionsparteien

1. Der transatlantische Partner: Amerikaperzeptionen in der Union

Bei der „Option für den Westen“¹ waren die Unionsparteien die politische Kraft, die nach 1945 am energischsten die politische, wirtschaftliche und militärische Zugehörigkeit des westdeutschen Teilstaates zum freien Westen unter der Führung der USA durchsetzten. Unter Führung Konrad Adenauers erteilte die Union jeglicher Schaukelpolitik zwischen Ost und West, auf die der Neutralismus der Schumacher-SPD und das „Brücke-Konzept“ des innerhalb der CDU unterlegenen Flügels um Jakob Kaiser hinausgelaufen wäre, eine Absage: Nur eine konsequente Westverankerung biete Sicherheit vor der sowjetischen Bedrohung und einen Weg zur Wiedererlangung westdeutscher Souveränität. Da die „Pax Americana“ unabdingbare Voraussetzung für Sicherheit und Aufbau der jungen Bundesrepublik war, richtete sich Adenauers Politik bis Ende der 1950er Jahre primär auf die USA als die führende westliche Macht aus.² Besonders anschaulich wurde dies, als der 77jährige Kanzler 1953 erstmals die USA besuchte. Wenige Monate vor der Bundestagswahl nutzte Adenauer den symbolträchtigen Auftritt, um sich als international geachteter Staatsmann und Wunschpartner der amerikanischen Schutzmacht zu präsentieren.³ Parteifreunde, die warnten, es könne die europäischen Verbündeten verstimmen, wenn die Union zu einseitig mit der US-Unterstützung Wahlkampf führe, hielt Adenauer entgegen, „daß die Amerikaner z. Zt. unsere einzigen Freunde sind und daß wir England und Frankreich zuliebe nicht auf diese, unsere Freunde, die zugleich die Entscheidung in der Hand haben, verzichten können.“⁴

Die enge Anlehnung an die USA stand damals noch nicht in einem latenten Spannungsverhältnis zur Integrationspolitik mit den europäischen Nachbarn. Vielmehr ließen sich beide Stränge bundesdeutscher Westpolitik problemlos vereinen. Seit dem Marshallplan war es ein Grundaxiom der amerikanischen Außenpolitik, die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten zu forcieren. Im Zuge eines doppelten *containments* sollte so einem Rückfall Deutschlands in einen aggressiven Nationalismus vorgebeugt und Europa gegen den sowjetischen Feind gestärkt und gesichert werden.⁵

¹ Herbst, Option.

² Vgl. Görtemaker, Deutschlandpolitik, S. 77; Schwarz, Aufstieg, S. 836f., Staatsmann, S. 47ff.

³ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 767ff.; Granieri, Alliance, S. 61f.

⁴ Adenauer an Blumenfeld, 4. 8. 1953, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 419f.

⁵ Vgl. dazu Neuss, Geburtshelfer Europas; Lundestad, Empire by invitation.

Die amerikanischen Ziele – Verankerung Deutschlands im Westen, Aufbau eines geeinten Europas und Sicherheit gegen die UdSSR – entsprachen den außenpolitischen Vorstellungen der Union. Europäische Integrationspolitik betrieb Adenauer nicht nur aus deutschem Eigeninteresse und europäischem Idealismus, sondern stets auch mit Blick auf die USA als dem Förderator Westeuropas. So belehrte der Kanzler 1956 Wirtschaftsminister Erhard:

„Die europäische Integration war das notwendige Sprungbrett für uns, um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen. Europäische Integration ist auch um Europas willen und damit unsererseits notwendig. Europäische Integration ist aber vor allem notwendig, weil die Vereinigten Staaten sie als Ausgangspunkt ihrer ganzen Europapolitik betrachten und weil ich genau wie Sie die Hilfe der Vereinigten Staaten als absolut notwendig für uns betrachte.“⁶

Bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre läßt sich mithin von einer Hochphase der atlantischen Orientierung Adenauers sprechen, die ihre symbolische Verkörperung in der engen Zusammenarbeit und Freundschaft mit dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles fand.⁷

a. Antimaterialismus versus Amerikanisierung

Die Wahlerfolge der Union zeigten, daß die Bundesbürger angesichts der sowjetischen Bedrohung das Bündnis mit den USA mittrugen, samt den damit verbundenen Folgen in Form eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems und eines deutschen Wehrbeitrags. Allerdings darf die klare Unterstützung der realpolitischen Option nicht vorschnell mit einem grundlegenden Wandel der Wertorientierung gleichgesetzt und als vorbehaltloses Bekenntnis zur politischen Kultur und Ideenwelt des liberal-demokratischen „Westens“ verstanden werden.⁸ In der deutschen Nachkriegsgesellschaft wirkte zunächst in hohem Maße antiliberales, antiuniversalistisches, antimodernes Gedankengut fort.⁹ Insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg war in Deutschland der Glaube an spezifisch deutsche Werte in Abgrenzung gegen die liberal-demokratischen Staaten des Westens fest in Denken und Mentalität verwurzelt. Obwohl zahlreiche Deutsche angesichts der Totalität der Kriegsniederlage und des zuletzt zunehmend auch gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Terrors begonnen hatten, sich vom Nationalsozialismus zu lösen, hegten insbesondere christlich-konservative Politiker keine Illusionen, in welch hohem Maße große Teile der Bevölkerung mit dem nationalsozialistischen System verbunden gewesen waren.

Trotz der einschneidenden politischen Zäsur von 1945 vollzog sich auf der Ebene von Personen und Denkstrukturen kein abrupter Bruch mit der Vergangenheit. Vielmehr laufen etliche Kontinuitätslinien in Einstellung und Mentalität sukzessive, zum Teil erst in der Umbruchsdekade der 1960er Jahre aus. Das Fortwirken antiwestlicher Denktraditionen manifestiert sich in der frühen Bundesrepublik deutlich im Amerika-

⁶ Adenauer an Erhard, 13. 4. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 189.

⁷ Vgl. dazu Felken, Dulles und Deutschland; Oberndörfer, Dulles und Adenauer, S. 229–248.

⁸ Zum Konzept des „Westen“ vgl. Schildt, Ankunft im Westen; Winkler, Weg nach Westen; „Im Sog des Westens.“ Sonderheft der Zeitschrift Vorgänge 154 (Juni 2001); kritisch Gassert, Ex Occidente Lux?, S. 15–22; Hildebrand, in: Doering-Manteuffel, Schwarz (Hrsg.), Geschichte, S. 21f.

⁹ Vgl. Herbert, Liberalisierung, S. 17; Doering-Manteuffel, Wie westlich II, S. 14ff.

bild, da Amerika im deutschen wie europäischen Diskurs seit jeher als Chiffre für die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Moderne steht.¹⁰ So blieb das deutsche Amerikabild von spannungsreicher Ambivalenz geprägt: Das Wissen um die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA als Schutzmacht gegen den Kommunismus, Dankbarkeit für die Wiederaufbauhilfe und Bewunderung für Wohlstand und technisch-wirtschaftliche Fortschrittlichkeit des „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten“ korrespondierte mit dem fortdauernden Glauben an die eigene kulturelle Überlegenheit der deutschen „Hochkultur“ bzw. des „Christlichen Abendlandes“ und dem Weiterwirken von Topoi wie der kulturellen Leere und „Unkultur“ Amerikas.¹¹

Das Fortwirken stereotyper Denkfiguren beeinflusste auch das Amerikabild der Unionsparteien. Schließlich beruhten CDU und CSU stark auf einem antimaterialistischen Selbstverständnis, das in engster Verbindung mit ihrem Anti-Totalitarismus und christlichen Gründungsimpuls stand.¹² Kommunismus und Nationalsozialismus galten als unterschiedliche Kulminationsformen einer materialistischen Weltanschauung. Die Ablehnung des Materialismus schweißte die heterogene, gemischt-konfessionelle Union zusammen. Insbesondere im politischen Katholizismus, organisatorisches und weltanschauliches Rückgrat der Union, ging die antimaterialistische Grundüberzeugung Hand in Hand mit Kritik an den gesellschaftlich-ideellen Folgewirkungen der Moderne, zu denen so unterschiedliche Phänomene wie Kapitalismus und Marxismus, Säkularismus, Rationalismus und Nationalismus, Kommunismus wie Nationalsozialismus gezählt wurden. Nur durch eine Rückbesinnung auf die Religion sei der Kampf zwischen christlicher und materialistischer Weltsicht zu gewinnen. Die starke Stellung der Kirchen in der frühen Bundesrepublik war Ausdruck der Popularität dieser Vorstellung in der Gesellschaft.¹³

Angesichts ihres antimaterialistischen Selbstverständnisses mußte das Verhältnis der Unionsparteien zu den USA trotz der demonstrativ gepflegten Einigkeit mit der westlichen Führungsmacht widersprüchlich bleiben. Vielen Unionspolitikern blieb die amerikanische Kultur fremd.¹⁴ Selbst Adenauer, für den die Zusammenarbeit mit den USA ein unumstößliches Gebot der Staatsräson blieb, bezog klar gegen eine Amerikanisierung Deutschlands Stellung: „So gern ich mit den Amerikanern arbeite, ich wünsche nicht, daß wir amerikanisiert würden.“¹⁵ Die CDU förderte jedoch eine an Amerika orientierte wirtschaftlich-technische Modernisierung der Bundesrepublik, indem sie Ludwig Erhards Modell einer sozial abgefederten liberalen Wirtschaftspolitik in die Praxis umsetzte. Paradoxerweise untergrub diese Modernisierung unter konservativen Auspizien das antimaterialistische Anliegen. Der wachsende Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten verschob die kulturellen Parameter und beschleunigte den gesellschaftlichen Säkularisierungsprozeß. Dies bedeutete das Gegenteil von dem, was fest im Antimaterialismus verwurzelte Unionspolitiker intendiert hatten. Hein-

¹⁰ Vgl. Gassert, Amerikanisierung, S. 785–796.

¹¹ Vgl. Geyer, Amerika, S. 155–187; Jarausch, Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung; Krakau, Stereotypen, S. 920ff.; Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, S. 755ff.

¹² Vgl. Mitchell, Materialism; Doering-Manteuffel, Katholik, S. 241; Grebing, Konservative, S. 263ff.

¹³ Vgl. Doering-Manteuffel, Frommen, S. 88–108; ders., Kirche, S. 113–134; Gauly, Katholiken.

¹⁴ Vgl. Granieri, Parteipolitik, S. 228f.; Lammersdorf, Verwestlichung, S. 971.

¹⁵ Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 440. Vgl. Grabbe, Amerikabild, S. 315–323.

rich Krone, der bereits in der Zentrumsparlei als Reichstagsabgeordneter, stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Windthorstbunde politisch aktiv gewesen war und gleichsam den Archetypus des katholischen Unionspolitikers darstellte, klagte in seinem Tagebuch, man könne auch am eigenen Wohlstand zugrunde gehen. Die Deutschen würden „zu fett, um dem Kommunismus standhalten zu können“.¹⁶ Überall konstatierte er den Vormarsch von Vermassung, Dekadenz und Moralverfall.¹⁷ Auch andere kritisierten Exzesse der Wohlstandsgesellschaft: Adenauer monierte, die „Frage der weltanschaulichen Fundierung“ spiele in der Union kaum noch eine Rolle¹⁸, und selbst ein so konservativer Politiker wie Karl Theodor von Guttenberg zeigte später Verständnis für die Studentenbewegung, deren Protest gerichtet sei „gegen eine Gesellschaft, in der die Kassen voll und die Herzen leer sind.“¹⁹

Zwar zog keiner dieser Kritiker explizit eine Verbindung zwischen der Expansion materialistischen Denkens und einer Amerikanisierung der Bundesrepublik oder machte die USA für diese Entwicklung verantwortlich. Letztlich wurden aber genau jene Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Moderne kritisiert, die als Ausdruck von Amerikanisierung gelten. Haben unterschwellige Abwehrreflexe gegen diese ideell mit den USA assoziierten Phänomene den Standort der Protagonisten in der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse mitbeeinflusst?

Gewiß, methodisch bleibt es schwierig, exakt den Einfluß zu ermessen, den mentale Bilder und Vorstellungen auf die internationale Politik haben, zumal dies meist auf einer den Akteuren unbewußten Ebene geschieht. Gleichwohl spielen mentale *forces profondes* in der internationalen Politik eine Rolle, denn sie bilden den Kontext von Handlungen, auch wenn sie diese nicht kausal erzwingen.²⁰ Auffallender Weise sollten sich aber, was im weiteren noch näher aufzuzeigen bleibt, außenpolitisch jene Politiker, die stärker für eine Re-Akzentuierung des antimaterialistischen Charakters der Unionsparteien eintraten, überwiegend im Lager der Gaullisten wiederfinden, während wirtschaftsnahe, liberale Kräfte, die häufig dem christlichen Weltanschauungscharakter der Partei weniger Gewicht beimaßen,²¹ tendenziell einen atlantischen Kurs verfolgten. So war Gerhard Schröder, der zum *spiritus rector* der Atlantiker heranwuchs, zwar seit 1955 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, galt aber als „wenig kirchlich“. Schon Zeitgenossen konstatierten seinen Verzicht auf den unionsüblichen christlichen Sprachjargon.²² Auch Erhard galt als liberaler, weniger als christlicher Politiker.²³ Der Zusammenhang zwischen außenpolitischer Option und der Intensität antimaterialistischer Gesinnung kann auch einen Erklärungsansatz für die in der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse erkennbare konfessionelle Dimension bieten. Daß

¹⁶ Krone, Tagebücher I, S. 411.

¹⁷ Vgl. Krone, Tagebücher I, S. 439, 498; Tagebücher II, S. 14, 199, 201, 504. Zur Person vgl. Hehl, Krone; Oppelland, Krone; Schwarz, Krone.

¹⁸ Adenauer, in: CDU-Bundesvorstand IV, S. 939 (21. 6. 1965).

¹⁹ Guttenberg, Fußnoten, S. 144.

²⁰ Vgl. Frank, Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen, S. 159–186.

²¹ Krone vermerkte mit Blick auf Erhard, Schröder und Strauß: „Diese Realisten, diese Pragmatiker sind nicht amoralisch, sie denken aber zu wenig moralisch in der Politik, sie lassen sich leiten von den Dingen, ordnen sie, wie sie da sind, und glauben, daß das alles berechenbar ist“, Tagebücher II, S. 138 (31. 12. 1962).

²² Vgl. Sauer, Westorientierung, S. 119; Gross, Nachworte, S. 99.

²³ Vgl. Krone, Tagebücher II, S. 245, 247, 386 (10. 11., 14./15. 11. 1963, 21. 6. 1965).

im Katholizismus prinzipielle Vorbehalte gegen einen kapitalistischen Materialismus fester verankert waren als im Protestantismus, mag dazu beigetragen haben, daß viele protestantische Unionspolitiker den Atlantikern zuneigten, während im Lager der Gaullisten überwiegend Katholiken zu finden waren. Dabei handelt es sich indes um Trends, die nicht verabsolutiert werden können. Dies zeigt sich an Franz Josef Strauß, der innerhalb der CSU als liberal galt. Stets aufgeschlossen für wissenschaftliche und wirtschaftliche Neuerungen, stellte er politische Bedenken gegen die USA zurück, sobald sich die Möglichkeit einer attraktiven technologischen Zusammenarbeit bot.²⁴ Neben ideellen Prägungen konnten eben Opportunitätserwägungen oder tagespolitischen Kalkül bisweilen ausschlaggebender sein.

Die Einflüsse der USA auf die Bundesrepublik bezogen sich freilich nicht nur auf den Bereich von Politik, Militär und Wirtschaft einerseits und auf den sozioökonomischen Transformationsprozeß der Alltagswelt andererseits, den das Schlagwort Amerikanisierung beschreibt. Daneben läßt sich ein interkultureller Transfer politischer Ideen unterscheiden, für den sich der von Anselm Doering-Manteuffel geprägte Begriff der Westernisierung eingebürgert hat.²⁵

Parallel zum Tübinger Westernisierungskonzept haben Ulrich Herbert und seine Freiburger Forschungsgruppe das stärker auf die Modernisierung von Lebensweisen und -normen fokussierte Konzept der Liberalisierung entwickelt, um den fundamentalen gesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik bis Anfang der 1970er Jahre und die unübersehbare Öffnung ihrer Gesellschaft, Politik und Kultur im Sinne eines Ausbaus von Partizipation und Pluralität bzw. des Abbaus hierarchischer und autoritärer Strukturen zu erklären.²⁶ Bei allen spezifischen Unterschieden untersuchen beide Ansätze diachron ideen-, mentalitäts- und gesellschaftsgeschichtliche Kontinuitäten über politische Zäsuren der deutschen Geschichte hinweg. Dabei erweisen sich die 1960er Jahre als Kernzeit der Veränderungsprozesse. In dieser Dekade gerieten traditionelle Orientierungen verstärkt ins Wanken, der gewöhnlich langsame und sukzessive Prozeß der Veränderung von Einstellungen und Lebensweisen verdichtete und beschleunigte sich dramatisch.²⁷

Anfang der 1960er Jahre galten die USA noch immer als Chiffre für größere Freiräume und Liberalität, ungeachtet aller faktisch auch vorhandenen Defizite. Dies bewies nicht zuletzt die Aufbruchsstimmung, die weltweit beim Amtsantritt des jugendlichen Präsidenten John F. Kennedy spürbar wurde. Wie zur alltagsweltlichen Amerikanisierung blieb die Haltung der Unionsparteien zu den Prozessen von Liberalisierung und Westernisierung ambivalent. Die Union hatte maßgeblich an der institutionellen demokratischen Verfassungsordnung des Grundgesetzes mitgewirkt und bekannte sich ausdrücklich zum Westen und dessen Werten. Im Vordergrund stand die durch die internationale Lage erzwungene politische Entscheidung. Die Öffnung der Union für die gesellschaftspolitischen und soziokulturellen Ordnungsvorstellungen des amerikanischen Konsensliberalismus setzte dagegen nur zögerlich ein. Adenauers Demo-

²⁴ Vgl. Gustav Schmidt, in: Krieger (Hrsg.), *Wiederbewaffnung*, S. 129f.

²⁵ Vgl. Doering-Manteuffel, *Wie westlich I*, S. 1–38; ders., *Dimensionen*, S. 1–34; ders., *Westernisierung*, S. 311–341; ders., *Stufe*, S. 661–672; Görtemaker, *Bundesrepublik*, S. 253ff.

²⁶ Vgl. grundlegend Herbert, *Wandlungsprozesse*.

²⁷ Vgl. Herbert, *Liberalisierung*, S. 28ff.; Schildt, *Wohlstand*, S. 21–53.

kratieverständnis blieb weitgehend institutionengebunden, sein Regierungsstil stark autoritätsbetont.²⁸ Gleichwohl entzieht sich der Gründungskanzler einfachen Typisierungen. Anders als traditionelle Konservative glaubte er nicht, daß in den USA das demokratische Prinzip zu weit getrieben werde. Vielmehr sei angesichts des unzureichenden sozialen Sicherungssystem in den USA, ihrer geringen Wahlbeteiligung, der Machtfülle des Präsidenten und einem unzureichenden Rechtssystem die Demokratie dort in Teilen unterentwickelt, die Bundesrepublik mithin demokratischer als die USA.²⁹ Tatsächlich ermöglichte Adenauers paternalistische Kanzlerdemokratie angesichts der Residuen antidemokratischen, obrigkeitsstaatlichen Denkens in der frühen Bundesrepublik, daß sich die Deutschen in eine funktionierende Parteiendemokratie eingewöhnen und erfolgreich an die Tolerierung abweichender Meinungen und Mehrheitsentscheidungen als staatlich-gesellschaftliches Handlungsprinzip herangeführt werden konnten.³⁰ Je erfolgreicher dieser Anverwandlungsprozeß indes war, je mehr mithin die Liberalisierung der Bundesrepublik voranschritt und diese veränderte, desto antiquierter wirkte Ende der 1950er Jahre der Rhöndorfer Patriarch mit seiner Weigerung, seine Macht durch Ausweitung der demokratischen Partizipationsbasis schmälern zu lassen. Die konsensliberale Ideenwelt blieb Adenauer, aber auch der Union insgesamt weitgehend fremd.³¹

Das Selbstverständnis der Partei beruhte zunächst trotz ihrer wirtschaftsliberalen Offenheit in weiten Teilen auf der katholisch-naturrechtlichen Lehre. Die starke katholische Prägung erleichterte einerseits die internationalistische Ausrichtung der Partei auf Europa und den Westen, da Katholiken die Zugehörigkeit zu einer transnationalen, weltumspannenden Gemeinschaft vertrauter war als den vielfach in nationalen Kategorien verhafteten Protestanten. Andererseits wirkten im politischen Katholizismus auch Traditionen fort, die nur bedingt mit der westlich-liberalen Ideenwelt vereinbar waren, wie Vorstellungen vom „christlichen Abendland“ oder einer organisch-berufsständischen Ordnung. Adenauer wahrte Distanz zu solch antidemokratischem, korporatistisch-ständestaatlichem Denken. In rechtskatholischen Kreisen nahm man davon indes nur langsam Abschied.³² 1959 notierte Krone: „Es mehren sich die Stimmen, die sagen, die berufsständische Ordnung als Leitbild unserer Gesellschaftspolitik sei überholt.“ Ohne Gliederung könne aber „keine Gesellschaft leben.“³³ Skeptisch hinsichtlich der Überlebenschancen der Demokratie,³⁴ verkörperte Krone die reservierte Distanz gegenüber der anglo-amerikanischen Ideenwelt, die für jene Unionspolitiker symptomatisch war, die sich häufig im gaullistischen Lager wiederfanden.

Für den Münchener Historiker Michael Hochgeschwender hat Adenauer, dessen Regierung offensiv die politische Westbindung vertreten hat, einen eher oberflächlichen Anteil am Westernisierungsprozeß. Ein Teil der „oft nur als Generationenkon-

²⁸ Vgl. Doering-Manteuffel, *Wie westlich I*, S. 7; Doering-Manteuffel, *Kanzlerdemokratie*.

²⁹ Vgl. Interview mit McBride, 17.2.1966, S. 15ff., StBKAH 02.37; Grabbe, *Amerikabild*, S. 322f.

³⁰ Vgl. Herbert, *Liberalisierung*, S. 25; Recker, *Problem der Parlamentarischen Demokratie*, S. 112.

³¹ Vgl. Doering-Manteuffel, in: ders., Schwarz, *Geschichte*, S. 30. Zum folgenden vgl. Doering-Manteuffel, *Westernisierung*, S. 320f., *Wie westlich II*, S. 132f.; Sauer, *Westorientierung*, S. 288.

³² Vgl. Hochgeschwender, *Zeitalter der Ideologien*, S. 143ff.

³³ Krone, *Tagebücher I*, S. 324, 379 (12. 1. und 28. 9. 1959).

³⁴ Vgl. Krone, *Tagebücher I*, S. 426, 433 (14. 6. und 12. 7. 1960).

flikt apostrophierten Mißverständnisse zwischen Adenauer und dem konsensliberalen Vorzeigepäsidenten John F. Kennedy“ gehe darauf zurück.³⁵ Kennedy galt als Symbolfigur einer freieren, besseren Zukunft. Beraten von jungen Intellektuellen, mit einer attraktiven Frau an der Seite, umgab den telegenen US-Präsidenten eine Aura von Jugendlichkeit, Glamour und ein Flair liberaler Weltoffenheit. Kennedy symbolisierte eine progressive Aufbruchsstimmung, welche die Enge und Verkrustung der 1950er Jahre zu beenden schien. Seine Parole der „New Frontiers“ wurde vielfach nicht nur als außenpolitische Vision, sondern auch als innen- und gesellschaftspolitische Verheißung verstanden.³⁶ Adenauer dagegen witterte darin Ansätze eines amerikanischen Isolationismus. Kennedy ziehe die „neuen Grenzen“ im Inneren, im Weltraum oder der Dritten Welt anstatt dort, wo ihre Sicherung angesichts der sowjetischen Bedrohung absolut vordringlich sei: in Europa.³⁷

Neben den realpolitischen Beweggründen bestanden erhebliche Unterschiede innerhalb der Unionsparteien bezüglich ihrer Empfänglichkeit für Kennedys charismatische Erscheinung und in der Bejahung des konnotierten gesellschaftlichen Aufbruchs. Während Kai-Uwe von Hassel bis zu seinem Tod 1997 ein handsigniertes Foto des Präsidenten an prominenter Stelle seines Bundestagsbüros placierte,³⁸ blieb Karl Theodor von Guttenberg unbeeindruckt vom „Kennedy-Jubel“: „Vielleicht fehlen mir die nötigen Antennen, aber ich entdecke an ihm nicht viel Anziehendes – keine besondere Ausstrahlung, nichts jugendlich Zupackendes; sein Ausdruck ist eher abwartend, lauernd beinahe“, kommentierte er Kennedys Auftritt in der Frankfurter Paulskirche 1963.³⁹ Hinter einer glanzvollen Fassade nahmen Politiker wie von Guttenberg in erster Linie Kennedys Schattenseiten wahr – politisch wie privat. Während der Öffentlichkeit Kennedys sexuelle Eskapaden verborgen blieben, besaßen Adenauer und sein Staatssekretär Hans Globke, dem der Kanzler weit mehr Gehör schenkte als den zuständigen Fachministern,⁴⁰ früh „sichere Kenntnis von dem etwas lockeren Lebenswandel Kennedys, in dem viele damals eine Art Heiland sahen“.⁴¹ Bei unbeirrt an der transatlantischen Führungsmacht orientierten Unionspolitikern stießen entsprechende Andeutungen dagegen auf deutliche Ablehnung. Für sie blieb Kennedy „der beste Gegenspieler zum Kommunismus mit guter Ausstrahlung in den Raum der angebundenen Nationen.“⁴²

Ohne einem realitätsblinden Kennedy-Enthusiasmus zu erliegen,⁴³ empfanden Vertreter eines dezidiert atlantischen Kurses stärker die von Kennedy verkörperte

³⁵ Vgl. Hochgeschwender, *Zeitalter der Ideologien*, S. 150f.

³⁶ Vgl. Rorabaugh, *Kennedy and the Promise of the Sixties*.

³⁷ Vgl. Grabbe, *Amerikabild*, S. 317.

³⁸ Vgl. Speich, Hassel, S. 264f.

³⁹ Guttenberg, *Fußnoten*, S. 98f.

⁴⁰ Vgl. Bach, *Adenauer*, S. 184; Osterheld, *Staatssekretär*, S. 102. Zu Globke vgl. Bösch, *Adenauer-CDU*, S. 257ff.; Gotto (Hrsg.), *Staatssekretär und die Dissertation von Erik Lommatsch* (Leipzig 2005).

⁴¹ Osterheld, *Staatssekretär*, S. 100. Vgl. Dohrn, *Amerikabild Adenauers*, S. 523.

⁴² Tagebuch Majonica, 22. 11. 1963, ACDP I-349-24/2.

⁴³ Schröder trat *trotz*, nicht wegen Kennedy für ein engstmögliches Bündnis mit den USA ein, so Kraské im Zeitzeugengespräch. 1989 zählte Schröder Kennedy „zu den meistüberschätzten Staatsmännern“, doch sei er ein „Freund und Bundesgenosse Deutschlands“ gewesen, vgl. Schröder im Gespräch, S. 48.

Aufbruchsstimmung. Sieht man in der Einstellung zu Kennedy einen Gradmesser der Empfänglichkeit für die Ideenwelt eines Konsensliberalismus, so wurden sie zu jenen in der Union, die sich williger diesen Ordnungsvorstellungen öffneten. Man sollte sie allerdings nicht als aktive Verfechter der Verwestlichung mißdeuten. Auch atlantische Unionspolitiker blieben in erster Linie bürgerlich-konservativ und konnten wie Schröder weiterhin ein ausgesprochen etatistisches Politikverständnis besitzen.⁴⁴ Die Ministerposten für von Hassel, Schröder und Stoltenberg in der Großen Koalition als Indiz für eine besondere Offenheit gegenüber dem Konsensliberalismus im Sinne einer „ideologiefreien“ Zusammenarbeit mit der SPD zu deuten, erscheint nicht überzeugend.⁴⁵ Schließlich hatten gerade diese Politiker gegen eine Koalition mit der SPD gekämpft. Das mag überraschen, da die Sozialdemokraten außenpolitisch auf atlantischem Kurs lagen. Für die genannten Unionspolitiker besaß diese außenpolitische Gemeinsamkeit im Fall der Koalitions-, d. h. Machtfrage allerdings nur nachrangige Bedeutung. Für eine Große Koalition fochten vielmehr Gaullisten, die eine neue Koalition anstrebten, um so die atlantischen Regierungsvertreter aus ihren Ämtern zu entfernen. Hier klingt bereits die Vielschichtigkeit der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse an: Personalpolitik und taktische Erwägungen konnten ein größeres Gewicht besitzen als außenpolitische Grundsätze oder längerfristige, ideelle Prä-
gungen.

b. Lektionen aus der amerikanischen Geschichte?

Ungeachtet aller notwendigen Relativierungen beeinflussten tief verankerte Interpretationsschemata Amerikas den Atlantiker-Gaullisten-Streit. Schlußfolgerungen aus der Geschichte der USA spielten eine beachtliche Rolle. Wer wie Adenauer, Krone oder Globke in der Weimarer Republik erlebt hatte, wie die USA ein politisch und wirtschaftlich zerrüttetes Europa sich selbst überlassen hatten, den verließ nach 1945 nie die Furcht, die USA könnten erneut ihrer weltpolitischen Verantwortung überdrüssig werden und in ihren traditionellen Isolationismus zurückfallen. Bei Adenauer sollten solche Zweifel seit dem Radford-Plan 1956 nicht mehr verstummen.⁴⁶ Beim geringsten Anzeichen amerikanischer Europamüdigkeit ertönten schrille Warnrufe, daß ein Rückzug der USA unweigerlich das Ende der freien Welt bedeute. Unermüdlich beschwor Adenauer die Schicksalsgemeinschaft des Westens. Europa sei vom Schutz durch die USA abhängig, aber auch Amerika brauche Westeuropa, um im globalen Ringen mit den Sowjets zu obsiegen. Seit der Entwicklung der Interkontinentalraketen Ende der 1950er Jahre verstärkten sich allerdings Zweifel an der Beständigkeit des US-Engagements in Europa. Krone wie Strauß prognostizierten, die Amerikaner würden nicht auf Dauer in Deutschland bleiben.⁴⁷

Vertreter des primär transatlantisch orientierten Lagers hielten dies für keine ernsthafte Gefahr. Die Vereinigten Staaten hätten 1945 dauerhaft mit der isolationistischen Tradition gebrochen. Die westliche Führungsmacht stehe zu ihren weltweiten Ver-

⁴⁴ Vgl. OPELLAND, Schröder, S. 273, 350, 413.

⁴⁵ So aber DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich II*, S. 133 bzw. DERS., *Westernisierung*, S. 326.

⁴⁶ Vgl. GÖRTEMAKER, *Deutschlandpolitik*, S. 80ff.; GRABBE, *Amerikabild*, S. 318.

⁴⁷ Vgl. KRONE, *Tagebücher I*, S. 252, 321, II, S. 239f., 243; Bahr, *Zeit*, S. 214.

pflichtungen im Kalten Krieg.⁴⁸ Zwar fürchteten selbst diese Unionspolitiker, die USA könnten wegen ihres weltweiten Engagements, vor allem im eskalierenden Vietnamkrieg, europäische Angelegenheiten vernachlässigen. Doch gingen ihre Bedenken nie so weit wie die ihrer Amerika-skeptischen Parteifreunde. So seien die Initiativen der Kennedy-Administration in der Dritten Welt nicht automatisch mit einer Bedrohung des US-Engagements in Deutschland gleichzusetzen, zumal es den USA dabei um eine Stärkung des Westens gehe.⁴⁹ Geprägt von einem europazentrischen Weltbild, kritisierte Adenauer dagegen scharf den amerikanischen Vietnamkrieg. Dieser Einsatz am falschen Ort könne dazu führen, daß Amerika zur Entlastung Zugeständnisse gegenüber den Sowjets in Europa mache, obwohl für die USA nicht Asien, sondern allein Europa entscheidend sei.⁵⁰

Kennzeichnend für jene, die Adenauers Befürchtungen teilten, war ein weiteres historisches Trauma, das in der Adenauer-Forschung als „Potsdam-Komplex“ firmiert und weitgehend mit dem „Jalta-Komplex“ de Gaulles übereinstimmt.⁵¹ Diese beiden Konferenzen der Anti-Hitler-Koalition wurden zum Synonym eines Kondominiums der USA und der Sowjetunion.⁵² Die Furcht, ein weiteres Mal durch ein Arrangement der Supermächte zum Objekt der Politik degradiert zu werden, wurde für den Gaullismus in Frankreich wie Deutschland gleichermaßen bestimmend. Solch einen Deal zu vereiteln, indem Europa sich als eigenständige Kraft etablierte, bildete den Kern des Gaullismus in beiden Ländern und verband trotz aller Unterschiede die deutschen Gaullisten mit ihrem Namenspatron. Wie kein anderer Unionspolitiker konnte sich dabei Franz Josef Strauß „pauschal antiamerikanisch“⁵³ äußern. Er gab den USA sogar eine Mitverantwortung, daß sich die UdSSR seit dem Zweiten Weltkrieg in der Mitte Europas festsetzen konnte. Naiv über das expansionistische Wesen des Sowjetkommunismus hinwegsehend, hätten die USA zugelassen, daß ganz Osteuropa bis zur Elbe den Sowjets anheimfiel.⁵⁴ Als in der Berlin-Krise Washington und London Konzessionsbereitschaft gegenüber Moskau signalisierten, war es für viele in der Union eine herbe Enttäuschung, daß sich die Vereinigten Staaten immer mehr von der 1954 im Deutschlandvertrag festgeschriebenen Verpflichtung auf eine Wiedervereinigung zu lösen schienen. Die von den angelsächsischen Mächten vorangetriebene Entspannungspolitik reaktivierte Erinnerungen an die britische Appeasement-Politik der 1930er Jahre.⁵⁵ Dies blieb nicht ohne Folgen für die Beurteilung der amerikanischen Politik.

⁴⁸ So argumentierten Schröder und Hassel im Bundesverteidigungsrat, vgl. Krone, Tagebücher II, S. 257f.

⁴⁹ Dies betonte insbesondere Kurt Birrenbach, vgl. Hinrichsen, Ratgeber, S. 69f.

⁵⁰ Vgl. Informationsgespräch Adenauer-Sulzberger, 2.8.1966, StBKAH 02.37; dessen Artikel in: Pommerin, Fröhlich, Quellen, S. 61f.; ferner Sulzberger, Mediocrity, S. 152ff., Arenth, Vietnam, S. 183.

⁵¹ Vgl. dazu Schwarz, Aufstieg, S. 833; Köhler, Adenauer, S. 643.

⁵² Vgl. Garton Ash, Im Namen, S. 14ff.; Marcowitz, Jalta, S. 80–91. Die Beteiligung Großbritanniens als geschwächter, zweiter angelsächsischer Macht spielte im Jalta-Mythos eine nachrangige Rolle.

⁵³ Krieger, Strauß, S. 48.

⁵⁴ Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 63f.; Strauß, in: Hanns-Seidel-Stiftung, Volkspartei, S. 505.

⁵⁵ Vgl. Guttenberg, Fußnoten, S. 14f., 99; von Guttenberg an Emmet, 29.1.1963, BAK N 1397, Bd. 203.

Mahnten nicht die Lektionen der Geschichte zu Wachsamkeit gegenüber der Schutzmacht? Stereotyp wiederholte Adenauer, die Vereinigten Staaten hätten um 1900 noch gar keine Außenpolitik gehabt: „Noch vor einiger Zeit wurden die wichtigsten Botschaften mit den Leuten besetzt, die für die Parteikasse am meisten Beitrag gegeben haben, weil man die Außenpolitik als etwas ansah, um das man sich keine Sorgen zu machen brauche.“⁵⁶ Aus dem Kolonialzeitalter seien die USA seit der Jahrhundertwende rasant zur stärksten Kraft des Westens aufgestiegen. Die Entwicklung außenpolitischer Fähigkeiten habe mit diesem Bedeutungszuwachs nicht Schritt halten können. Trotz ihrer weltpolitischen Verantwortung seien die USA eine junge Nation, der die Erfahrung der Europäer in der Diplomatie fehle und deren Politik daher nicht selten unstet und sprunghaft sei. Die Amerikaner, so Adenauer 1962, „machen manchmal die Außenpolitik wie die Cowboys aus dem Sattel!“⁵⁷ Gegenüber de Gaulle klagte er: „Man wisse nicht, welche Pläne Amerika morgen haben werde. Sicherlich wolle Amerika niemanden täuschen, doch könne niemand wissen, wie die Amerikaner morgen dächten.“⁵⁸ Wenig ermutigend sei die in den USA verbreitete Unkenntnis über weltpolitische Verhältnisse.⁵⁹ Den Vereinigten Staaten würde es bisweilen am nötigen Einfühlungsvermögen fehlen. Kurz, Adenauer unterstellte Washington in den Worten Couve de Murvilles „etwas abschätzig und nicht ohne Ungerechtigkeit“ eine „amateurhafte Diplomatie“.⁶⁰

Diesen Verdacht teilten indes längst nicht alle in den Unionsparteien: Die Vereinigten Staaten würden treu zu ihren Bündnispflichten stehen, solange sich die Europäer nicht ihrerseits von den USA abwenden würden. Dies begründete eine grundlegende Differenz zu all jenen, die eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich als notwendige Rückversicherung gegen die aus ihrer Sicht bereits begonnene Abkehr der USA von Europa betrachteten. Stark atlantisch orientierte Unionspolitiker dagegen waren überzeugt, erst eine zu einseitige Kooperation mit de Gaulle stoße die Amerikaner zurück und werde den von allen gleichermaßen abgelehnten Rückzug der USA aus Europa auslösen. Ungeachtet aller Entspannungsbemühungen trage Amerika unverändert die Hauptlast im Ost-West-Konflikt. Die gaullistische These, die USA seien in einem naiven „Entspannungstaumel“, bezeichnete sie als unsinnig und glaubten, die US-Administration betrachte die sowjetische Politik letztlich „völlig illusionslos“ und „nüchtern“.⁶¹

Genau daran zweifelten jene, die sich im gaullistischen Lager wiederfinden sollten. Den Amerikanern fehle die „nähere und schlechtere Erfahrung mit totalitären Mächten“, schrieb von Guttenberg in der unionsnahen Zeitschrift *Die politische Meinung*. Die Europäer hätten hier einen Erfahrungsvorsprung, da sie die Nazi-Herrschaft

⁵⁶ Adenauer, in: CDU/CSU-Fraktion 1961–1966, S. 49 (17. 10. 1961). Vgl. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 312, 329, 349, 431; Interview Adenauer mit Hartmann und Bodenstein (ap), 22. 12. 1965, StBKAH 02.36.

⁵⁷ Zit. nach Mende, Wende, S. 17.

⁵⁸ Aufzeichnung über das Gespräch Adenauer–de Gaulle in Paris, 21. 1. 1963, AAPD 1963, S. 113.

⁵⁹ Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 189f., 291; CDU/CSU-Fraktion 1961–1966, S. 50 (17. 10. 1961).

⁶⁰ Couve de Murville, Außenpolitik, S. 422.

⁶¹ Vgl. Schröder, in: „Keine grundsätzliche Unstimmigkeiten mit Dr. Adenauer“, *Ruhr-Nachrichten* vom 8. 10. 1963, „Nicht mit anderen Zungen reden“, *Bonner Rundschau*, 16. 11. 1963, ACDP I-483-143/1, -99/2.

selbst erlebt und nun direkt mit der sowjetischen Bedrohung konfrontiert seien.⁶² Adenauer argumentierte ähnlich: Die Europäer besäßen den Vorzug weltanschaulicher Fundierung. Sie seien verankert in der „Ideologie des christlichen Humanismus [...] Aber die ganzen Angelsachsen [...] machen denselben Fehler, sie haben keine Ideologie.“ Damit fehle ihnen „ein wirklich tragender Gedanke“, um den „Kampf gegen den Einbruch des totalitären Atheismus von Rußland her“ zu bestehen.⁶³ Diese Aussage erklärt auch, wieso Adenauer sich dem langjährigen US-Außenminister Dulles so sehr in einer „Übereinstimmung des inneren Denkens“⁶⁴ verbunden fühlte. Für ihn unterschied sich der praktisch gleichaltrige, engagierte Presbyterianer durch die ausgeprägt christlich-weltanschauliche Verankerung seiner Politik vorteilhaft von seinen amerikanischen Landsleuten. So wurde Dulles für Adenauer zum Garant, daß das naive Amerika standhaft der Sowjetunion entgegentrete.

Mit ihrem Glauben, das alte, weltpolitisch schwache Europa sei dem mächtigen, aber unerfahrenen Amerika weltanschaulich-ideell überlegen, rekurrten die Gaullisten auf einen klassischen europäischen Topos antiamerikanischer Kulturkritik.⁶⁵ Demgegenüber war das atlantische Lager bereit, den USA eine Führungsrolle auf allen Feldern zuzuerkennen. Bezeichnend dafür war eine Äußerung Erhards, „that Europe, which is not a political unit and in which there is a great deal of diversity, cannot assume spiritual leadership.“ Politische und geistige Impulse aus den USA seien unerlässlich, um „die Verkrustungen, in der dieses Europa wieder zu erstarren droht, aufsprengen [zu] können.“⁶⁶

c. Individuelle Amerikaerfahrungen von Unionspolitikern

Wie glaubwürdig die Zuverlässigkeit der USA beurteilt wurde, entschied letztlich der individuelle Persönlichkeitstyp. Welche lebensgeschichtliche Erfahrungen, Kontakte und persönlichen Netzwerke beeinflussten und prägten das Amerikabild der führenden Protagonisten? Der Deutschlandkorrespondent von *Le Monde* beobachtete, die deutschen Gaullisten seien keinesfalls gefühlsmäßige Freunde Frankreichs. Nur wenige sprächen verständliches Französisch. Statt dessen würden sie meist passabel Englisch beherrschen und trotz ihrer Kritik an der amerikanischen Politik jährlich nach Washington pilgern.⁶⁷

⁶² Vgl. Guttenberg, *Vormund oder Partner*, S. 31.

⁶³ Adenauer, *Teegespräche 1961–1963*, S. 115f. Vgl. Grabbe, *Amerikabild*, S. 317.

⁶⁴ Adenauer, *Teegespräche 1961–1963*, S. 220. Vgl. Schwarz, *Staatsmann*, S. 56ff.

⁶⁵ Vgl. Gassert, *Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung*, S. 555.

⁶⁶ Memorandum of Conversation (Erhard–Kennedy), 8.1.1962, FRUS 1961–1963, XIII, S. 59; SZ-Interview, 5.2.1962, in: Erhard, *Gedanken*, S. 791.

⁶⁷ Vgl. „Ablösung an den Ufern des Rheins“, *Le Monde* vom 17.11.1963, Übersetzung in ACDP I-483-017/1. Guttenberg sprach fließend Englisch, aber kaum Französisch, vgl. Aufzeichnung Balken, 14.10.1963, ACDP I-483-287/1. Strauß lernte erst in den 1980er Jahren Französisch, vgl. Gespräch mit Graf Huyen. Als Minister kommunizierte er mit Amerikanern z.T. ohne Dolmetscher, Erinnerungen, S. 308. Kusterer, *Kanzler*, S. 136f. dagegen führt Strauß' Schwierigkeiten mit US-Medien partiell auf sein Englisch zurück, das sich „verflücht dem ähnlich hörte, was in amerikanischen Filmen von Gestapo-Offizieren gesprochen wurde...“ Gerstenmaier beherrschte Englisch, vgl. Gerstenmaier, *Berichte*, S. 162f., Brentano und Adenauer jedoch nicht, vgl. Studie Emmets „Trends in German Relations with the United States

Ludwig Erhard reklamierte häufig, er sei eine „amerikanische Entdeckung“. Die Amerikaner hätten ihn 1945 „sozusagen vom ‚Vogelherd‘ weggeholt und zum Bayerischen Wirtschaftsminister erkoren.“ Seit diesen Tagen verbinde ihn „mit den Amerikanern ein Vertrauensverhältnis, das sehr bald auch menschliche Züge annahm“.⁶⁸ Als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone arbeitete Erhard bereits vor Gründung der Bundesrepublik eng mit der westlichen Führungsmacht zusammen und reiste 1949 erstmals in die USA. Seitdem folgten fast jährlich Visiten.⁶⁹ Wenn Erhard als Kanzler die atlantische Partnerschaft ganz in den Vordergrund stellte, beruhte dies neben der Überzeugung, die Bundesrepublik sei ohne engste Anbindung an die USA verloren, auch auf „einem tiefen Gefühl dankbarer Verbundenheit mit den USA“.⁷⁰ Für ihn war Dankbarkeit eine politikbestimmende Handlungsmaxime.

Auch bei anderen Unionspolitikern standen die USA Pate für eine politische Laufbahn, ohne daß dies bereits eine spätere Lagerzugehörigkeit präjudiziert hätte. Adenauer begann seine Nachkriegskarriere mit der Wiedereinsetzung als Kölner Oberbürgermeister durch die amerikanische Besatzungsmacht. Die Amerikaner standen an der Wiege von Strauß' Politikkarriere, indem sie ihn zum stellvertretenden Landrat im Schongau ernannten.⁷¹ Gerstenmaier reklamierte, „daß er Amerikanern Entschendes, vielleicht sein Leben, sicher aber große Hilfe in den dunkelsten Jahren verdankt.“⁷² 1945 hatten ihn amerikanische Truppen aus dem Zuchthaus befreit, wo er wegen Beteiligung am Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 einsaß. Aufbau und Arbeit des von Gerstenmaier geleiteten Hilfswerks der evangelischen Kirche wurde beträchtlich erleichtert durch den amerikanischen CIA-Chef Allan Dulles. Dessen Bruder John, den späteren Außenminister, kannte er bereits vor dem Krieg aus der Kirchenarbeit.⁷³ Als Organisator des Hilfswerks bereiste Gerstenmaier 1948 acht Wochen die USA. Dort empfing ihn als einen der ersten Deutschen nach dem Krieg Präsident Truman im Weißen Haus.⁷⁴ All diese Unionspolitiker hatten Anlaß zur Verbundenheit mit den USA, doch nur wenige fühlten sich ihnen deshalb bedingungslos verpflichtet. Einen disparaten, letztlich persönlichkeitsabhängigen Befund liefert auch ein Blick auf die Teilnehmer der USA-Reiseprogramme für deutsche Parlamentarier. An diesen staatlich geförderten Reisen, die zur Untermauerung eines positiven Amerikabildes beitrugen,⁷⁵ nahmen spätere Protagonisten aus beiden Lagern teil. 1953 reisten Schröder wie Strauß und von Merkatz gemeinsam in die Vereinigten Staaten, 1954 Majonica, Kiesinger und Jaeger.⁷⁶

Politik wird bei allem Gewicht formeller Strukturen und Institutionen von Menschen gemacht, die dabei durch ihre persönlichen und informellen Beziehungen beein-

and France“, 5.11.1964, S.1, ACDP I-097-003/3. Erhard besaß nur bescheidene Englischkenntnisse, vgl. McGhee, Botschafter, S.77.

⁶⁸ Erhard, Gedanken, S.694. Vgl. ferner Gaus, Zur Person, S.129; Kempfski, Macht, S.95.

⁶⁹ Vgl. Berghahn, Friedrich, Otto A. Friedrich, S.102; Hentschel, Erhard, S.308.

⁷⁰ Schröder, Zur Einführung, S.15.

⁷¹ Vgl. Krieger, Strauß, S.19; Strauß, Erinnerungen, S.58.

⁷² Gerstenmaier an Karl Brandt, 15.11.1971, ACDP I-210-037.

⁷³ Vgl. Gerstenmaier an Berg, 24.6.1960, ACDP I-210-17/1; Gerstenmaier, Streit, S.240, 238.

⁷⁴ Vgl. Gerstenmaier an Henssel, 6.1.1970, ACDP I-210-037; Gerstenmaier, Streit, S.261 ff.

⁷⁵ Vgl. Füssl, Eliteförderung und Erziehungsreform, S.623-633.

⁷⁶ Vgl. Oppelland, Schröder, S.244; Krekeler ans AA, 26.3.1953, AAPD 1953, S.303-305; Jaeger, Gemeinsame Arbeit, S.173.

fließt werden. Bietet dieses anthropologische Fundament einen Schlüssel zum Verständnis der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse? Woher und durch wen bezogen die Protagonisten des Konfliktes ihre Informationen aus den USA? Besaßen die Atlantiker bessere Verbindungen in die USA als die Gaullisten?

Konrad Adenauer hatte bereits als Kölner Oberbürgermeister Kontakte mit amerikanischen Geschäftsleuten geknüpft. In den 1920er Jahren hatte er sich um die Ansiedlung eines Ford-Werkes in der Dom-Metropole bemüht.⁷⁷ Besondere Bedeutung gewann Adenauers freundschaftliche Beziehung zu Dannie N. Heineman, einem amerikanischen Unternehmer deutsch-jüdischer Herkunft mit exzellenten Kontakten zum Ostküsten-Establishment der USA. Heineman trug maßgeblich dazu bei, bei Adenauer früh ein überwiegend positives Amerika-Bild zu kultivieren. Als die Nationalsozialisten Adenauer 1933 absetzten, stand ihm Heineman mit großzügiger finanzieller Hilfe bei.⁷⁸ Adenauer hat diesen Freundschaftsdienst später politisch instrumentalisiert, als 1960 das deutsche Ansehen in den USA durch die Kölner Hakenkreuzschmierereien, den Eichmann-Prozeß und William L. Shirers Buch „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ einen empfindlichen Rückschlag zu erleiden drohte. Adenauer versuchte dem entgegenzuwirken, indem er die von Heineman erhaltene Hilfe in einem Namensartikel „I owe my life to the Jews“ zur Sympathiewerbung vermarktete.⁷⁹ Da Adenauer nie länger im Ausland gelebt hatte, fehlten ihm zu Beginn seiner Kanzlerschaft jede praktische Kenntnis des westlichen Establishment. Heinemanns „stupende Kenntnis des Führungspersonals diesseits und jenseits des Atlantiks“ halfen ihm maßgeblich zum besseren Verständnis der amerikanischen Entscheidungen und zur Prognose künftiger Entwicklungen.⁸⁰ Auch im Verhältnis zur Kennedy-Administration übernahm der den Demokraten nahestehende Heineman eine wichtige Ausgleichsfunktion. Daß diese wichtige transatlantische Bezugsperson 1962 starb, trug mit dazu bei, daß in der Spätphase von Adenauers Leben zunehmend eine Amerika-kritische Haltung Oberhand gewann.

Hans Peter Mensing hat nachgewiesen, daß die USA mit weitem Abstand an erster Stelle der Auslandskorrespondenz Adenauers rangierten.⁸¹ Zwei Söhne hat er für Studienaufenthalte in die USA geschickt – ein weiteres Indiz für seine Aufgeschlossenheit gegenüber diesem Land.⁸² Angesichts der von ihm früh erkannten überragenden politischen Bedeutung der USA las Adenauer diplomatische Berichte aus Washington stets mit besonderer Aufmerksamkeit. Osterheld berichtet, nirgends sei Adenauer „so frei gelöst, manchmal fast übermütig“ gewesen wie im Kreis von Amerikanern.⁸³ Trotzdem erkannten schon Zeitgenossen, daß Adenauers Bemühungen, die amerika-

⁷⁷ Vgl. Mensing, *Amerika-Eindrücke*, S. 249ff.

⁷⁸ Zu Heineman vgl. Mensing, *Beziehungen*, S. 117ff.; Köhler, *Freundschaft*; Schwarz, *Heineman*.

⁷⁹ Vgl. Mensing, *Amerika-Eindrücke*, S. 260; Poppinga, *Erinnerungen*, S. 294. Adenauer veranschlagte den Einfluß des amerikanischen Judentums auf die Politik der USA sehr hoch und ließ sich davon neben moralischen Empfindungen bei der Politik gegenüber Israel leiten, vgl. Gaus, *Zur Person*, S. 29.

⁸⁰ Vgl. Schwarz, *Aufstieg*, S. 717. Adenauers Briefwechsel mit Heineman in StBKAH 10.11–10.15.

⁸¹ Mensing, *Quellenforschungen*, S. 34.

⁸² Vgl. Adenauer im Dritten Reich, S. 310, 321; Schwabe (Hrsg.), *Adenauer und die USA*, S. 274.

⁸³ Vgl. Grewe, in: Schwarz (Hrsg.), *Regierungsstil*, S. 144; Osterheld, *Abschiedsbesuch*, S. 606.

nische Denkart zu verstehen, auf Grenzen stießen. Der geschäftsführende Vizepräsident des *American Council on Germany*, Christopher Emmet, urteilte: „For all his greatness, Adenauer learned to trust Americans like John J. McCloy and John Foster Dulles the hard way, from experience, but he did not really understand them.“⁸⁴

Ähnliche Schwierigkeiten, Zugang zur amerikanischen Denkart zu finden, lassen Außenminister von Brentano und die Adenauer-Vertrauten Globke und Krone erkennen. Heinrich von Brentano, der mit der ersten Gruppe Bundestagsabgeordneter 1951 in die USA gereist war, besaß durch sein Amt enge, durchaus vertrauensvolle Kontakte mit der amerikanischen Regierung,⁸⁵ doch teilte er die Furcht des Kanzlers vor einem Rückfall der USA in einen Isolationismus und den Glauben an deren Gutgläubigkeit gegenüber den Sowjets. Es untermauert die These vom Fortbestand gewisser Unsicherheiten, Fremdheitsgefühle und einem Vermittlungsbedürfnis hinsichtlich Amerikas, daß sich Adenauer, von Brentano und Globke gerne der Lobbydienste der privaten Public Relations-Agentur von Julius Klein, einem pensionierten US-General jüdischer Herkunft, bedienten, um in den USA ein positives Bild der Bundesregierung und eines vom Nationalsozialismus geläuterten Deutschlands zu verbreiten.⁸⁶ Trotz aller Bedenken und Widerstände der vor Ort tätigen deutschen Diplomaten gegen Kleins Lobby-Arbeit vertrauten Brentano und das Kanzleramt diesem Mittelsmann. 1963 geriet Kleins Tätigkeit schließlich öffentlich in die Kritik, als der sozialdemokratische Parlamentarisch-Politische Pressedienst (PPP) den Republikaner beschuldigte, mit deutschen Regierungsgeldern Anti-Kennedy-Propaganda zu betreiben.⁸⁷ Doch erst die Regierung Erhard beendete die fragwürdige und teure Zusammenarbeit mit Klein, da sie überzeugt war, selbst ein hinreichendes Verständnis der amerikanischen Politik zu besitzen und auf die Mittlerdienste Dritter verzichten zu können.

Adenauers Berater Krone und Globke waren zwar über die Entwicklungen in den USA gut unterrichtet, doch kannten sie die Vereinigten Staaten persönlich wenig. Globke blieben wegen seiner belasteten Vergangenheit⁸⁸ Amerikareisen verwehrt. Dessen ungeachtet traf er sich fast wöchentlich mit dem Gesandten der US-Botschaft und besaß in den USA dank Klein gute Kontakte.⁸⁹ Krone mußte nach einem ersten Amerikaufenthalt 1956 eine zweite USA-Reise wegen der *Spiegel*-Affäre auf Mai 1963 verschieben, wo sie dann im Schatten des Präambelstreites stand.⁹⁰ Als Minister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrats reiste er nur 1965 erneut nach Washington. Seine USA-Kenntnisse bezog Krone primär über Dritte. Ihm war es gelungen, sich Zugang zu wichtigen AA-Telegrammen zu sichern. Mit Heinrich Knapp-

⁸⁴ Trends in German Relations with the United States and France, 5. 11. 1964, S. 1, ACDP I-097-003/3.

⁸⁵ Vgl. Auswärtiger Ausschuß 1949–1953, S. 292 Fn. 1, S. 307f.; Taschka, Vertrauen, S. 143–155.

⁸⁶ Zur wenig erforschten Arbeit von Klein vgl. Mensing, Amerika-Eindrücke, S. 248; Baring, Briefwechsel, S. 457 Fn. 407; Wiesen, Bildungsreisen, S. 877; Dohrn, Globkes Verhältnis, S. 174f.

⁸⁷ Vgl. Anlage zu Klein an Carlo Schmid, 7. 11. 1963, StBKAH II/12.

⁸⁸ Vgl. dazu Lommatsch, Globke. Im Reichsinnenministerium hatte Globke den Kommentar zu den NS-Rassegesetzen von 1935 mitverfaßt. Der fest im Katholizismus verwurzelte Beamte pflegte zugleich Kontakte zum Widerstand in Berlin, was die enge Verbindung und Freundschaft zu Krone begründete.

⁸⁹ Bach, Auswärtige Politik, S. 170; Osterheld, Staatssekretär, S. 115.

⁹⁰ Vgl. Emmet an Krone, 27. 6. 1961, ACDP I-028-009/6. Zur USA-Reise 1956 vgl. Krone, Tagebücher I, S. 222ff.

stein, seit 1962 Botschafter in Washington, pflegte Krone freundschaftliche Kontakte, was ihm wichtige Informationen sicherte. Beide verband eine gemeinsame Freundschaft mit Krones einstigem Zentrumskollegen Johannes Schauff, mit dem Krone 1965 seine USA-Reise abstimmte.⁹¹ Dieser einflußreiche Netzwerker und Verbindungsmann zum Vatikan gehörte wie andere deutsche Emigranten der NS-Zeit zu den Mitbegründern des *American Council on Germany* in New York, dem um die Deutschlandpolitik verdiente US-Persönlichkeiten wie John McCloy oder Lucius D. Clay angehörten.

Wie sein deutsches Pendant, die *Atlantik-Brücke*⁹², bemühte sich der *American Council on Germany*, um die Pflege von transatlantischen Beziehungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten. Der Mitbegründer und Geschäftsführer dieser Organisation, Christopher Emmet, wurde aufgrund seiner entspannungskritischen Haltung für all diejenigen Unionspolitiker zu einem wichtigen amerikanischen Ansprechpartner, die dem Détente-Kurs Kennedys mißtrauten.⁹³ Emmet selbst fühlte sich der Gruppe um Adenauer, Krone, von Guttenberg und Strauß durch deren strikten Antikommunismus besonders verbunden.⁹⁴ Bei der US-Administration warb er um Verständnis für deren gaullistische Attitüde und bemühte sich umgekehrt, bei diesen „vainly, to use my former influence with them to dissuade them from their present foreign policy course“.⁹⁵

Eine weitere wichtige Kontaktperson Krones, aber auch von Guttenbergs in den USA war der Journalist Klaus Dohrn, der über den *American Council on Germany* mit Emmet in engem Kontakt stand. Der gebürtige Dresdner war 1933 nach Österreich emigriert. Dort hatte er als Chefredakteur der Zeitschrift „Der Christliche Ständestaat“ von einem katholisch-abendländischen Standpunkt zum Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgerufen.⁹⁶ Nach dem „Anschluß“ Österreichs floh Dohrn 1942 in die USA, wo er in katholischen Hilfsorganisationen tätig war. Nach dem Krieg wurde er Europakorrespondent von *Time* und *Life*. Als Remigrant „nie ganz in Amerika und nie wieder ganz in Europa“ heimisch, fühlte sich Dohrn als Vermittler zwischen alter und neuer Heimat. Für Adenauer und ihm nahestehende Kreise half er, informelle Kanäle zu erschließen. Mit Globke, Krone und von Guttenberg verband Dohrn politische Übereinstimmung und private Freundschaft.⁹⁷ Als Informationslieferant aus den USA war er ein wichtiger Verbindungsmann im untereinander eng verknüpften gaullistischen Netzwerk.

Anders als bei Krone läßt sich für Karl Theodor von Guttenberg ausschließen, daß seine distanziertere Haltung zu den USA beeinflußt sein könnte durch eine über Dritte vermittelte Amerika-Kenntnis. Emmet bescheinigte von Guttenberg, „you are far better informed about U.S. policy than others who share your general point-of-view,

⁹¹ Vgl. Knappstein an Krone, 11.2.1965, ACDP I-028-005/4. Zu Schauff vgl. Schneider, Schauff.

⁹² Dazu Kühnhardt, *Atlantik-Brücke*, S. 20ff.

⁹³ Zu Emmet vgl. Dohrn, *Amerikabild*, S. 512; Schneider, Schauff, S. 132.

⁹⁴ Vgl. Emmet an von Guttenberg, 9.6.1965, BAK N 1397, Bd. 204.

⁹⁵ Emmet an Williams (German Desk, State Department), 16.3.1966, S. 3, ACDP I-097-004/2.

⁹⁶ Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, I, S. 135; Conze, *Europa*, S. 79f.

⁹⁷ Vgl. Handschreiben Krone an von Guttenberg, 6.9.1969, BAK N 1397, Bd. 41; Dohrn, *Amerikabild*, S. 510ff.; Dohrn, *Globkes Verhältnis*.

partly because of your many recent visits to the U.S.“⁹⁸ Guttenbergs erste eigene Erfahrungen mit Amerikanern waren allerdings zwiespältiger Natur. Im Herbst 1946 bereitete ihm die amerikanische Besatzungsmacht bei seinen lokalpolitischen Anfängen massive Probleme. Guttenberg fühlte sich als Opfer einer von seinem SPD-Gegenspieler und den Amerikanern gemeinsam gegen ihn inszenierten Verfolgungskampagne.⁹⁹ Es ist nicht auszuschließen, daß diese Erfahrung bei von Guttenberg Narben hinterlassen und sein Handeln mitbeeinflusst hat. Eine unbewußte Prägung anderer Art vermutete der Leiter des Parlamentsreferats im Auswärtigen Amt, Richard Balken: Bei von Guttenberg spiele „ein anti-angelsächsischer Komplex mit“, eine Spätfolge seiner zeitweiligen Mitwirkung an der britischen Kriegspropaganda. Als Kriegsgefangener hatte von Guttenberg im Soldatensender Calais 1944/45 am Ätherkrieg gegen das Dritte Reich teilgenommen. Aufgrund dieser Tätigkeit war er Anfang der 60er Jahre auch parteiintern unter Beschuß geraten.¹⁰⁰ Balken mutmaßte, daß von Guttenberg sich mit seiner Amerika-kritischen Haltung „unbewußt, gegen den möglichen Vorwurf, auch heute mit den Angelsachsen zu kollaborieren, absichern will“. ¹⁰¹ Entscheidender für von Guttenbergs zunehmend skeptische Sicht Amerikas war jedoch deren Entspannungspolitik. Geprägt vom „Jalta-Syndrom“ argwöhnte er, die USA seien dabei, „ein Geschäft mit der Sowjetunion über Europa hinweg zu machen“. In der entscheidenden Atomfrage werde „in Amerika immer wieder von Partnerschaft geredet, im Grunde aber eine Hegemonialpolitik getrieben, die meines Erachtens von Europa nicht unwidersprochen hingenommen werden darf.“¹⁰²

In der Forderung nach realer Gleichberechtigung Europas stimmten von Guttenberg, Adenauer und Strauß vollkommen überein. Letzterer verlangte, die Bundesrepublik müsse „endlich aufhören, Objekt ausländischer Fürsorgeerziehung zu sein. Unsere Alliierten, v. a. die Engländer, müssen aufhören, uns zu behandeln, wie früher Regimentskommandeure in Indien ihre Schuhputzer behandelt haben.“¹⁰³ Lackmustest für die geforderte partnerschaftliche Gleichberechtigung sei die Nuklearfrage, denn letztlich seien Atomwaffen das konstitutive Kennzeichen von Souveränität.¹⁰⁴ Als ein Politiker, für den die Kategorien Macht, Souveränität und Gleichberechtigung besonderes Gewicht besaßen, mußte Strauß es als höchst unbefriedigend empfinden, daß selbst er als Verteidigungsminister von den USA nur unzureichend über deren Atomwaffenbestände auf deutschem Territorium informiert wurde.¹⁰⁵ Den Amerikanern blieb Strauß in besonderem Maße suspekt, da er nicht nur die Emanzipation Europas aus amerikanischer Vormundschaft forderte, sondern auch im Nuklearbereich auf einer deutschen Gleichberechtigung insistierte. Da Strauß zudem die Klaviatur na-

⁹⁸ Emmet an von Guttenberg, 29. 11. 1965, BAK N 1397, Bd. 205. Guttenberg weilte fast jährlich in den USA.

⁹⁹ Vgl. dazu Guttenberg, Fußnoten, S. 39 bzw. ausführlich Wirz, Guttenberg, S. 78ff.

¹⁰⁰ Vgl. Wirz, Guttenberg, S. 75f.; Guttenberg, Fußnoten, S. 34f.; Krone, Tagebücher II, S. 28. Zur Verteidigung von Guttenbergs vgl. Majonica an die CDU/CSU-Fraktion, 21. 11. 1960, BAK N 1397, Bd. 178.

¹⁰¹ Aufzeichnung Balken, 14. 10. 1963, S. 4, ACDP I-483-287/1.

¹⁰² Guttenberg an François-Poncet, 10. 9. 1964, BAK N 1379, Bd. 68.

¹⁰³ F. J. Strauß, „Was ist des Deutschen Vaterland?“, *Bild* vom 9. 9. 1965, ACDP I-210-033/3.

¹⁰⁴ Vgl. Strauß, *Erinnerungen*, S. 435.

¹⁰⁵ Vgl. FRUS 1961–1963, XIII, S. 361.

tionaler Rhetorik bediente, um Wähler vom rechten Rand zu binden, erschien er aus amerikanischer Perspektive als potentiell gefährlicher Nationalist.¹⁰⁶ Den Verdacht anti-amerikanischer Gesinnung wies Strauß selbst weit von sich¹⁰⁷, jedoch müsse man nicht blind alle politischen Wendungen Washingtons gutheißen: „Wir können nicht, bloß weil der Zeitgeist für Amerika ist, alles hinnehmen, was an Politikmodellen aus dem Weißen Haus kommt.“¹⁰⁸ Realpolitische Divergenzen, nicht mangelnde Vertrautheit mit den USA standen hinter seinem zunehmenden Konfrontationskurs. Als Atom- und Verteidigungsminister reiste Strauß zunächst häufiger in die USA als Schröder oder von Hassel, die vor ihrem Einzug ins Außen- bzw. Verteidigungsministerium nur wenige Übersee-Besuche aufweisen konnten.¹⁰⁹

Gleichwohl fanden letztere leichter Zugang zu amerikanischer Mentalität: „They more or less instinctively understand and trust American statesmen, because of the cultural rapport with them“, konstatierte Emmet. Durch seinen Studienaufenthalt in Großbritannien und „the pragmatic bent of his mind“ besitze Schröder „an ‚Anglo-Saxon‘ orientation“. Dasselbe gelte für Kai-Uwe von Hassel, der unter britischer Herrschaft in Ostafrika aufgewachsen und als Ministerpräsident des protestantischen Schleswig-Holstein ohnehin atlantisch ausgerichtet sei.¹¹⁰ Jedenfalls fand Schröder, der für sich in Anspruch nahm, die amerikanische Mentalität zu verstehen,¹¹¹ schon bei der ersten Begegnung einen guten Draht zum als spröde geltenden amerikanischen Außenminister Dean Rusk und sprach als erster deutscher Außenminister seinen Kollegen mit Vornamen an.¹¹²

Auch bei anderen Protagonisten wie Erik Blumenfeld und Kurt Birrenbach dürften die Faktoren Sozialisation und Ausbildung im englisch-amerikanischen Einflußbereich eine Rolle gespielt haben. Der Hamburger Unternehmer Blumenfeld studierte wie Schröder in Großbritannien und pflegte dorthin schon durch seine Tätigkeit im väterlichen Handelsgeschäft engen Kontakt.¹¹³ Zum politischen Establishment der USA besaß er gute Beziehungen, nicht zuletzt als Mitbegründer der *Atlantik-Brücke*. Kurt Birrenbach, der führende Amerika-Experte der CDU/CSU in den 1960er Jahren, war 1939 nach Südamerika ausgewandert, weil ihm im nationalsozialistischen Deutschland die Heirat mit einer „Halbjüdin“ verweigert wurde. Dort war er im Dienst US-amerikanischer Firmen tätig, so daß Birrenbach schon vergleichsweise intensiv mit Politik und Kultur der USA vertraut war, bevor er sie 1950 erstmals be-

¹⁰⁶ Vgl. FRUS 1964–1968, XV, S. 505; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 280.

¹⁰⁷ Vgl. State Department an die Botschaft in Bonn, 10.6.1964, FRUS 1964–1968, XV, S. 103f.

¹⁰⁸ Strauß im CSU-Landesausschuß, 16.11.1963, zit. nach Mintzel, Geschichte der CSU, S. 292.

¹⁰⁹ Nach 1953 besuchte Schröder nur 1957 die USA, vgl. Schröder an Adenauer, 27.6.1957, ACDP I-483-288/1. Nach einer USA-Reise 1954 nahm von Hassel 1959 und 1961 an den Konferenzen der *Atlantik-Brücke* teil.

¹¹⁰ Trends in German Relations with the United States and France, 5.11.1964, S. 1f., ACDP I-097-003/3; Speich, Hassel, S. 29ff. Schröders anglophile Ausrichtung wird oft auf seinen Studienaufenthalt in Edinburgh zurückgeführt, so Koerfer, Kampf, S. 643; Marcowitz, Option, S. 72f.; Kusterer, Kanzler, S. 201; Huyn, Sackgasse, S. 126; modifizierend Oppelland, Schröder, S. 50.

¹¹¹ Vgl. Schröders handschriftliche Ergänzung, in: Gespräch mit McBundy, 29.11.1964, AAPD 1964, S. 1412.

¹¹² Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 520; Kusterer, Kanzler, S. 203; Wickert, Augen, S. 166.

¹¹³ Vgl. Dahrendorf, Bucierus, S. 51; Witter, Spaziergänge mit Prominenten, S. 52.

suchte.¹¹⁴ Bei mehreren dezidiert atlantischen Unionspolitikern scheint jedenfalls ein längerer Auslandsaufenthalt die Akkulturation amerikanisch-angelsächsischer Denkart erleichtert, größeres Vertrauen in die Zuverlässigkeit der USA ermöglicht und so ihre spätere Lagerzugehörigkeit angebahnt zu haben.

Neben diesem verbindenden biographischen Element sticht eine weitere Gemeinsamkeit ins Auge: die ausgeprägte wirtschaftliche Komponente des deutschen Atlantizismus.¹¹⁵ Häufig übernahmen Persönlichkeiten aus der Wirtschaft wichtige Vermittlungsfunktionen. So leistete 1949 der Unternehmer Otto A. Friedrich, dessen Bruder eine Professur in Harvard innehatte, bei der Vorbereitung von Erhards erster USA-Reise maßgebliche Hilfestellungen.¹¹⁶ Noch Rainer Barzel bediente sich als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion zur Vorbereitung seiner USA-Reisen der Hilfe eines befreundeten Industriellen, Walter Casper, der ausgezeichnete Kontakte in die Führungsebene der Vereinigten Staaten besaß.¹¹⁷

Die große Abhängigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft vom Welthandel legte Orientierung auf einen größtmöglichen Entfaltungsraum nahe. Trotz ihrer genuinen Unterstützung für die europäische Integration überwog hier das Interesse an einem weitgefaßten Europa, das nicht auf ein kontinentales „Kleineuropa“ begrenzt bleiben, sondern in eine größere „atlantische Gemeinschaft“ eingebettet sein sollte.¹¹⁸ Dieser global orientierte freihändlerisch-liberale Internationalismus war *per se* transatlantisch ausgerichtet. Er zielte zudem auf eine Lockerung der internationalen Spannung und eine Steigerung des Ost-West-Handels ab. Gerade bei Unionspolitikern mit industriell-wirtschaftlichem Hintergrund ging die Verteidigung eines engen Bündnisses mit den USA Hand in Hand mit der Bereitschaft, parallel zur amerikanischen Entspannungspolitik die bisherige restriktive Ostpolitik der Bundesrepublik zu lockern. Hier fand Außenminister Schröder Unterstützung für seine parteiintern umstrittene „Politik der Bewegung“, die mit der Errichtung bundesdeutscher Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten langfristig die Anbahnung diplomatischer Beziehungen mit diesen Ländern anstrebte.

2. Der Nachhall des christlichen Abendlandes: Europakonzepte der Union

a. Die Union und die Abendland-Bewegung der 1950er Jahre

Ein zentraler Streitpunkt in der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse war die künftige Gestalt Europas und der Grad der Eigenständigkeit gegenüber den USA. Ideengeschichtlich gründet dabei die Sympathie der deutschen Gaullisten für die Vision des

¹¹⁴ Vgl. Hinrichsen, Birrenbach, S. 16ff.

¹¹⁵ Vgl. Schwarz, Ära I, S. 453ff.

¹¹⁶ Berghahn, Friedrich, S. 109.

¹¹⁷ Vgl. Korrespondenz Barzel-Casper, BAK N 1371, Bd. 173. Vgl. Barzel, Gewagtes Leben, S. 180.

¹¹⁸ Vgl. Bührer, Der BDI und die Außenpolitik, S. 260; Conze, Europa, S. 378ff.; Studie Emmets „Trends in German Relations with the United States and France“, 5. 11. 1964, S. 22, ACDP I-097-003/3.

französischen Staatspräsidenten von einem „europäischen Europa“ in der Denkfigur des „christlichen Abendlandes“. Diese war im ersten Nachkriegsjahrzehnt als bildungsbürgerliche Kulturphilosophie und politische Konzeption weit verbreitet. Nach der Pervertierung des Nationalstaatsgedankens im Nationalsozialismus diente die Vorstellung eines transnationalen, christlich konnotierten Abendlandes vielfach als sinnstiftende Leitvokabel für die politisch-gesellschaftliche Neuordnung auf nationaler wie europäischer Ebene.¹¹⁹

Der Rückgriff auf die bereits in der Zwischenkriegszeit gängige abendländische Denkfigur bot mehrere Vorzüge. Das Leitbild Abendland schien unbelastet durch den Nationalsozialismus und seinen gewaltsamen Versuch einer europäischen Großraumordnung und konnte doch der Integration ehemaliger Befürworter des „Dritten Reiches“ dienen.¹²⁰ Aus einem antimaterialistischen Selbstverständnis heraus grenzte es sich scharf gegen die Totalitarismen ab und wurde als „christliches Bollwerk“ gegen Vermassung, „rote Flut“ und „asiatische Barbarei“ beschworen. Militanter Antikommunismus war konstitutiv für abendländisches Denken. Das unmittelbar mit der sowjetischen Bedrohung konfrontierte Westdeutschland galt als Schildwacht des Abendlandes – eine Mission, die Deutschland schon in der Vergangenheit beim Kampf gegen Hunnen, Ungarn, Mongolen und Türken übernommen habe. Der Verweis auf diese abendländische Identität sollte die Wiedereingliederung des besiegten Landes in die Völkergemeinschaft ermöglichen.¹²¹

Die zeitgenössische Europa-Euphorie steigerte die Popularität der Abendland-Idee. Aufgrund der föderalistischen, transnationalen Ausrichtung wurden Abendland und Europa vielfach synonym verstanden. Fanden sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst Abendland-Vorstellungen in einem breiten politischen und konfessionellen Spektrum, änderte sich das, als Ende der 1940er Jahre die Zeitschrift *Neues Abendland* und die mit ihr eng verflochtene „Abendländische Aktion“ und „Abendländische Akademie“ eine monopolartige Deutungshoheit errangen.¹²² Verstärkt traten kulturkritische, antimoderne und antidemokratische Züge zutage, die gesellschaftspolitisch vielfach reaktionär waren. Die Abendland-Ideologie wurde zur Domäne konservativer, überwiegend katholischer Kreise. Ihre Anhänger sahen sich in einen Zweifronten-Kampf: nach außen gegen den sowjetischen Kommunismus und nach innen gegen die Ausbreitung des materialistischen Denkens.

Nationalstaatsdenken verwarfen die Abendländer als Fehlentwicklungen der Moderne, die seit Aufklärung und französischer Revolution zur Abkehr von der göttlichen Ordnung und zum Triumph säkular-materialistischen Denkens geführt habe. Die generelle Frontstellung gegen die gesellschaftliche Moderne implizierte massive Ressentiments gegen den „Westen“ und die USA. Mit ihrer Ablehnung der amerikanischen Massen- und Konsumgesellschaft sahen sich die Abendländer durchaus in kultureller Äquidistanz zu beiden Supermächten.¹²³ Doch im Zeichen der Bipolarität des

¹¹⁹ Vgl. dazu Schildt, *Abendland und Amerika*; Conze, *Europa*; Plichta, *Reich – Europa – Abendland*, S. 60–69; Müller, *Plichta, Rhein*, S. 17–47; Uertz, *Kulturkritik*, S. 45–71.

¹²⁰ Vgl. Schildt, *Abendland*, S. 32–34; Schildt, *Deutschlands Platz*, S. 344–369.

¹²¹ Vgl. Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik*, S. 258f.

¹²² Dazu Uertz, *Kulturkritik*, S. 46f.; Conze, *Europa*, S. 111ff.; Müller, *Plichta, Rhein*, S. 45f.; Schildt, *Abendland*, S. 39ff.

¹²³ Vgl. Conze, *Europa*, S. 137ff.; Schildt, *Abendland*, S. 36, 49.

Kalten Krieges verloren Vorstellungen, die das Abendland als politisch separates Ordnungssystem zwischen West und Ost sahen, an Prägekraft. Die Bedrohung durch die Sowjetunion führte jede Wunschvorstellung einer eigenständigen dritten Kraft *ad absurdum*. Im Zuge des Kampfs gegen den Kommunismus akzeptierten die Abendländer das militärisch unverzichtbare Bündnis mit den USA als kleineres Übel.

Die Einbindung in das atlantische Bündnissystem bedeutete jedoch nicht, daß die Abendländer ihre Präferenz für ein eigenständiges starkes Europa aufgegeben hätten. Die Denkfigur des Abendlandes erlaubte, ein europäisches Sonderbewußtsein zu wahren und einen Überlegenheitsdünkel gegenüber den „kulturlosen“ Amerikanern zu perpetuieren. Das Changieren der Abendländer zwischen Antiwestlichkeit und Unterstützung der militärisch-politischen Westbindung wurde so zu einem permanenten „Drahtseilakt zwischen Westoption und Antiliberalismus“.¹²⁴ In der Hochphase des Kalten Krieges blieb offene Kritik an der westlichen Schutzmacht in den Hintergrund gedrängt. Als sich jedoch in den 1960er Jahren die antikomunistische Kampfgemeinschaft mit den USA durch die Entspannungspolitik lockerte und Europa – wie de Gaulle vorexerzierte – politisch wieder eigenständiger gedacht werden konnte, traten diese Vorbehalte wieder offener zutage. Im gaullistischen Gewande wagten abendländische Kreise erneut Kritik an Amerika und plädierten für mehr europäische Selbständigkeit.¹²⁵

Bei der in den 1950er Jahren beginnenden politischen Einigung Westeuropas forderten die Abendländer eine weltanschaulich-überwölbende Vision des Zusammenschlusses und bemängelten die supranationale Integration als zu „formaldemokratisch“. Ihren Ordnungsvorstellungen lag das Bild einer christlich-korporatistischen Gesellschaftsgliederung zugrunde, die ein sozialromantisch verklärtes mittelalterliches *Imperium Sacrum* zum Vorbild hatte. Eine auf berufständischen Fundamenten gegründete hierarchische Gesellschaftsstruktur wurde der demokratisch-parlamentarischen Verfassungsordnung entgegengestellt. Die Abendländer traten für einen starken Staat und Autorität ein und betonten den Gemeinschaftsbezug des Einzelnen gemäß der katholischen Soziallehre. Der Liberalismus dagegen reduziere den Menschen auf seine Individualität und leiste durch „Werterelativismus“ dem Gesellschaftszerfall Vorschub. Parteien wurden skeptisch betrachtet. Allein die Union bildete eine Ausnahme, da man sie als eine „organische Gemeinschaft“ verstand.¹²⁶

Eine vorbildliche Verwirklichung ihrer Ordnungsvorstellungen sahen die Abendländer in den Rechtsdiktaturen Salazars und Francos.¹²⁷ Statt Massendemokratie mit Parteienklüngel gebe es in Portugal und Spanien eine hierarchisch gegliederte Gesellschaft unter einer elitär-charismatischen Führung sowie einen großen Einfluß der Kirche in Staat und Gesellschaft. Diktatoriale Züge dieser Regime wurden verharmlost.¹²⁸ Abendländische Zirkel waren intensiv bemüht, die iberische Halbinsel in den europäischen Zusammenschluß einzubinden. Eine Vorreiterrolle übernahm das *Centre Euro-*

¹²⁴ Schildt, *Abendland*, S. 49. Teils wurde dieses Dilemma dadurch gelöst, daß die USA als „Kind“ des Abendlandes vereinnahmt wurden.

¹²⁵ Vgl. Conze, *Europa*, S. 139.

¹²⁶ Vgl. Schildt, *Abendland*, S. 47ff.; Conze, *Europa*, S. 164ff.; Plichta, *Reich*, S. 65, 61.

¹²⁷ Vgl. Conze, *Europa*, S. 147f.; Aschmann, *Treue Freunde*, S. 425ff.; Faber, *Abendland*, S. 45ff.

¹²⁸ Siehe z. B. Alfons Dalma, *Europa ohne Angst*. In: *Neues Abendland* 7 (1952), H. 10, S. 624.

péenne de Documentation et Information (CEDI), das mit der „Abendländischen Akademie“ eng verwoben war. Die deutsche *CEDI*-Sektion bestand aus führenden Protagonisten der „Abendländischen Akademie“, wie den Journalisten Alfons Dalma und Otto B. Roegle und als prominenten Vertretern der Politik dem Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz und Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger.¹²⁹

Hispanophilie war vor allem in jenen Unionskreisen ausgeprägt, die abendländischem Gedankengut nahestanden.¹³⁰ Ganz in abendländischer Tradition beurteilte Krone die Diktatur in Portugal: „Ich habe Salazar gesagt, daß wir in Deutschland in den Jahren vor 1930 auf ihn und sein System bauten. Wir hätten es mit Brüning nicht geschafft; wohl aber er mit seinem Land.“¹³¹ Iberokritische SPD-Äußerungen kommentierte er noch 1962, „daß eine Demokratie westlicher Prägung nicht unbedingt in jedem Land eingeführt werden kann. [...] Ein ungeordnetes und hemmungsloses freies Spiel der Gesellschaften und politischen Kräfte kann nach unseren Erfahrungen rasch in einen Zustand völliger Unfreiheit führen.“¹³² Derlei Sympathien schürten vor allem bei der SPD anhaltendes Mißtrauen gegen jene Unionspolitiker, die mit abendländischen Zirkeln in Verbindung standen. Noch beim Eintritt der SPD in die Große Koalition befürchtete einer ihrer Abgeordneten durch Kurt Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß „eine ‚Portugalisierung‘ der Bundesrepublik“.¹³³

Für die Abendländer bildete ein enger Zusammenschluß Deutschlands und Frankreichs den Kern der europäischen Integration.¹³⁴ So lag es nahe, auf Karl den Großen Bezug zu nehmen, der als „Urvater Europas“ in der Vergangenheit Deutsche und Franzosen vereint habe.¹³⁵ Da das durch Montanunion und Römische Verträge entstandene Sechser-Europa territorial weitgehend mit dem Frankenreich übereinstimmte, entstand das Schlagwort vom „karolingischen Europa“. „Karolingertum“ war auch in den Unionsparteien positiv konnotiert, mit Ausnahme jenes freihändlerischen Flügels, der das atlantische Lager speiste. Für SPD, FDP und die barthianische Strömung des deutschen Protestantismus um Martin Niemöller und Gustav Heinemann verkörperte „Karolingertum“ dagegen all das, was man am europäischen Einigungswerk ablehnte: ein kontinentales Klein-Europa mit konservativ-klerikaler, katholischer Dominanz.¹³⁶

Mit dem für die interkonfessionellen Unionsparteien brisanten Vorwurf, ihre europäische Einigungspolitik habe lediglich „die Wiedererrichtung eines Reiches Karls des Großen unter päpstlichem Segen“ zum Ziel, setzte sich Eugen Gerstenmaier 1953 in der protestantischen Wochenzeitung *Christ und Welt* auseinander. Er widersprach de-

¹²⁹ Der Protestant und gebürtige Preuße von Merkatz fand über Antikommunismus und Hispanophilie zu den Abendländern, vgl. Conze, *Europa*, S. 92ff.; Strelow, *Konservative Politik*, S. 315ff.

¹³⁰ Vgl. Aschmann, *Treue Freunde*, S. 229ff.; Hochgeschwender, *Zeitalter*, S. 144, 170.

¹³¹ Krone, *Tagebücher II*, S. 466 (28. 2.–5. 3. 1966).

¹³² Krone an Dr. Alphons Nobel, Köln, 13. 9. 1962, ACDP I-028-059/3.

¹³³ Vgl. SPD-Fraktion, II, S. 1084 (30. 11./1. 12. 1966). Kiesinger wurde auch unionsintern in abendländischer Tradition gesehen, vgl. handschriftliche Notiz Schröders, 29./30. 10. 1966, ACDP I-483-020/1.

¹³⁴ Vgl. Schildt, *Abendland*, S. 43; Conze, *Europa*, S. 141.

¹³⁵ Vgl. Faber, *Abendland*, S. 118ff.; Pape, *Lechfeldschlacht*, S. 273.

¹³⁶ Zur konfessionellen Dimension der europäischen Einigung vgl. Greschat, Loth (Hrsg.), *Christen*.

zidiert der These, die europäische Einigung sei ein katholisches Projekt, das mit deutscher Einheit und Protestantismus unvereinbar sei. Derlei anachronistische Ressentiments würden sich im Begriff „Abendland“ verdichten, welches Gerstenmaier nicht als „ein konkretes politisches Leitbild“, sondern „eine geschichtlich-geistesgeschichtliche Manifestation“, die „weit mehr irrationale metaphysische Elemente“ anspreche, verstanden wissen wollte. In der europäischen Integrationspolitik komme es jedoch „auf konkrete wirtschaftliche, soziale, politische und militärische Vorstellungen an.“ Es gebe ein geläutertes abendländisches Erbe, das um konfessions- und nationenübergreifende Gemeinsamkeiten der europäischen Völker wisse. Zur realen Ost-West-Teilung dürfe nicht noch eine geistig-politische Nord-Süd-Teilung hinzukommen.¹³⁷

Ungeachtet dieser versöhnlichen Haltung eines führenden protestantischen Politikers und trotz der nominellen Überkonfessionalität blieb der Abendland-Konzeption eine spezifisch katholische Komponente inhärent.¹³⁸ Protestantische Vertreter des Abendlandes blieben eine Minderheit, meist angesiedelt „am konservativen Rande des westdeutschen Luthertums“¹³⁹. Tonangebende Kräfte der evangelischen Kirchen und führende evangelische CDU-Politiker wie die EAK-Vorsitzenden Ehlers, Tillmanns und Schröder wahrten demonstrativ Distanz zur abendländischen Bewegung. Der 1954 bei der „Abendländischen Akademie“ auftretende Gerstenmaier blieb insofern eine Ausnahme. Noch in Erhards Kanzlerschaft verteidigte Gerstenmaier sein Eintreten für eine enge deutsch-französische Verbindung und eine Stärkung des europäischen Pfeilers in der atlantischen Partnerschaft mit den für die ideengeschichtliche Kontinuität aufschlußreichen Worten: „Es handelt sich hier nicht um Restkomplexe der Karolinger. Manchmal werde ich angesprochen, wie kommen denn Sie, ein Protestant, dazu, als Bannerträger der Karolinger, der Gaullisten usw. für eine katholische Welt da ins Gefecht zu ziehen? Ich kann doch nur sagen, das ist doch ein ganz banales dummes Zeug, wie kann man denn nur!“¹⁴⁰

Abendland-Ideen besaßen neben dem konfessionellen einen geographischen Schwerpunkt in Süddeutschland. Bayern, in den 1960er Jahren mit der CSU Hauptreservoir des deutschen Gaullismus, war nach 1945 ein Zentrum abendländischer Aktivitäten.¹⁴¹ Die süddeutsch-katholische Verankerung trug dazu bei, daß sich Europavorstellungen der Abendländer auch stark auf das Gebiet der ehemaligen österreich-ungarischen Doppelmonarchie bezogen, denn etliche Protagonisten waren dort sozialisiert worden. Auch der süddeutsche Adel, traditionell mehr auf die Habsburger als auf die preußischen Hohenzollern orientiert, zeigte sich besonders aufge-

¹³⁷ „Evangelisches Abendland?“, *Christ und Welt* vom 12. 8. 1953, S. 17. Eine gekürzte Ausgabe als „Katholisches Abendland?“ in *Rheinischer Merkur* vom 21. 8. 1953, S. 3.

¹³⁸ Vgl. Conze, *Europa*, S. 28ff.; Schildt, *Abendland*, S. 40, 57, 197; Faber, *Abendland*, S. 95f., 105, 144ff.; a. A. Uertz, *Kulturkritik*, S. 66–68; Müller, *Topos*, S. 139. Zurecht betont Uertz (S. 48f., 69f.), daß die demokratiekritische thomistisch-vorneuzeitliche Interpretation des Katholizismus, auf die sich die Abendländer bezogen, nicht pauschal auf *den* Katholizismus bzw. *den* katholischen Flügel der CDU/CSU auszudehnen sei, da gewichtige Gegenstimmen existierten.

¹³⁹ Schildt, *Ökumene wider den Liberalismus*, S. 187–205.

¹⁴⁰ Gerstenmaier, in: *CDU/CSU-Fraktion 1961–1966*, S. 2202 (4. 10. 1966).

¹⁴¹ Vgl. Conze, *Europa*, S. 125. Die „Abendländische Akademie“ war in Eichstätt beheimatet. *Das Neue Abendland* erschien in München, ebenso die Nachfolge-Zeitschrift *Dokumentation der Woche*. Zur abendländischen Tradition der CSU vgl. Mintzel, *Geschichte*, S. 272–289.

schlossen für abendländisches Denken mit seinem katholisch-großdeutschem Einschlag.¹⁴² Der Wiedervereinigung als Erneuerung eines kleindeutsch-borussischen Nationalstaates erteilten abendländische Publizisten als einem „Todesweg für Deutschland und für Europa“ eine klare Absage. Statt dessen solle Deutschland in einem übernationalen Netz europäischer Regionalföderationen aufgehen, die auch die vom Bolschewismus zu befreienden Staaten Mittel-Ost-Europas umfassen sollten.¹⁴³ In den 1950er Jahren war die Ablehnung einer staatlichen Wiedervereinigung jedoch nicht mehrheitsfähig.

Dies offenbarte der Skandal, den der Abendländer Paul Wilhelm Wenger, Redakteur der katholischen Wochenzeitung *Rheinischer Merkur*, die als ein inoffizielles Parteiorgan der CDU galt, auslöste. Auf dem Landesparteitag der nordbadischen CDU in Tauberbischofsheim plädierte er am 20. April 1958 für eine Überwindung des deutschen Nationalstaates durch eine künftige europäische Verklammerung und entfachte damit in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung.¹⁴⁴ Die SPD attackierte den „CDU-Starjournalisten Wenger“ als „klerikal eifernde[n] Großmeister der deutschen Spaltung“, dem es „um die Erdrosselung des deutschen Protestantismus als politisch-geistige Kraft und die Konzeption der ‚Abendländer‘“ gehe,¹⁴⁵ die FDP sprach von einem „Reichsfeind ohne Maske“. In der Union regte sich beim gesamtdeutschen Flügel heftiger Widerstand mit dem Berliner Johann Baptist Gradl und dem die bismarcksche Reichstradition uneingeschränkt behandelnden Gerstenmaier als treibenden Kräften.¹⁴⁶ Besonders scharf reagierten unionsnahe evangelische Blätter, wie die von Gerstenmaier herausgegebene Wochenzeitung *Christ und Welt*.¹⁴⁷ Die CDU distanzierte sich von Wengers Thesen, zumal Wenger nicht einmal Mitglied der Partei sei.¹⁴⁸

Dabei trat in den Hintergrund, daß Verteidigungsminister Strauß wenige Wochen zuvor im Bundestag Ähnliches verkündet hatte: Nicht die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands sei das Kernproblem der Wiedervereinigung, sondern die Wiederherstellung demokratischer, menschenwürdiger Zustände in der DDR.¹⁴⁹ Daß dieses Anliegen unter den gegebenen Umständen den Verzicht auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates bedeutete, bekannte Strauß in seinem 1965 zuerst in Englisch erschienenen Buch „Entwurf für Europa“: „Ich glaube

¹⁴² Vgl. Conze, Europa, S. 63, 134, 143ff.; Schildt, Abendland, S. 57.

¹⁴³ Vgl. Wenger, Föderalismus – deutsches und europäisches Schicksal. In: NA 11 (1956), H. 3, S. 245–258 (Zitat S. 247); Franzel, Deutsche Frage. In: Ebd., S. 213–243; Winkler, Weg nach Westen II, S. 172f.

¹⁴⁴ Vgl. AdG 1958, S. 7041; Wenger, Falle, S. 130ff.

¹⁴⁵ „Ein Programm der Aufspaltung und Staatszerstörung“, SPD-Pressedienst vom 24. 4. 1958, S. 5.

¹⁴⁶ Vgl. Gradl, in: CDU-Bundesvorstand III, S. 144f. (25. 4. 1958); Harpprecht, Gespräche, S. 130.

¹⁴⁷ Vgl. Wenger an Adenauer, 11. 5. 1958, BAK N 1332, Bd. 42.

¹⁴⁸ Vgl. Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 96; Adenauer–Heuss, Gespräche, S. 267. Wenger dagegen sah sich als „seit Jahren unbezahltes Ideenbergrwerk der CDU“, vgl. Wenger an Heck, 1. 12. 1953, BAK N 1332, Bd. 216.

¹⁴⁹ Vgl. Schwarz (Hrsg.), Entspannung, S. 93; Hacker, Irrtümer, S. 232ff. Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 148 ordnet Strauß' Rede in parallele Überlegungen Adenauers über eine „Österreich-Lösung“ ein, die indes in Langzeitperspektive eine Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats nicht ausschloß. Der im Bismarckreich sozialisierte Adenauer konnte sich zwar für ein supranationales Europa, aber kaum für Wengers Europa föderativer Regionen erwärmen, so Winkler, Sonderweg, S. 31.

nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen.“ In einem Interview mit der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* wiederholte er, nach rationalen und geschichtlichen Erfahrungsmaßstäben halte er einen künftigen deutschen Nationalstaat für unmöglich.¹⁵⁰ Diese unorthodoxe Aussage markierte einen Bruch mit der von den Bundesregierungen bislang verfolgten deutschlandpolitischen Doktrin, die am Ziel einer staatlichen Wiedervereinigung festhielt. Seine Gedanken faßte Strauß in der Formel „Europäisierung der deutschen Frage“ zusammen. Damit knüpfte er an entsprechende Äußerungen des französischen Staatspräsidenten an und vermied so den ebenfalls denkbaren Rückbezug auf Wengers umstrittene Rede. Gleichwohl deuteten gaullistische Kreise im Rückblick Wengers abendländischen Vorstoß von 1958 als ein Vordenken der späteren Politik de Gaulles.¹⁵¹ Auch hier offenbaren sich Kontinuitätslinien von abendländischem zu gaullistischem Denken.

b. Die deutschen Gaullisten als Erben der Abendländer

Die Union galt den Abendländern als jene politische Kraft, die ihren eigenen Vorstellungen am ehesten entsprach durch ihre antimaterialistische Grundüberzeugung, die Hoffnung auf eine christliche *renovatio*, den kämpferischen Antikommunismus und die transnational-europäische Orientierung. Abendländische Publizisten unterstützten daher tatkräftig die Politik der Union. Adenauer fühlten sie sich besonders verbunden und schätzten seinen patriarchalischen Führungsstil¹⁵². Dessen häufigen Sprachgebrauch vom christlich-abendländischen Kulturkreis verstanden sie als Nähe zu ihren Konzepten. Mit einer sozialromantischen, korporatistisch und unterschwellig antiwestlichen Gedankenwelt hatte der bürgerlich-humanistisch geprägte rheinische Katholik Adenauer freilich nichts zu tun.¹⁵³ Auch wenn sein Europaverständnis stark von abendländischen Vorstellungen eines kontinentaleuropäischen, christlichen Bollwerks gegen den kommunistisch-atheistischen Osten geprägt blieb, konnte sein Abendlandbegriff problemlos die USA einschließen. Indem er sich propagandistisch geschickt des Abendland-Topos bediente, konnte er konservative, potentiell antiwestliche Wählerschichten für sein viel weitergehendes Programm einer umfassenden Westbindung Deutschlands gewinnen. Der Bezug aufs Abendland wurde so paradoxerweise eine „geistige Brücke in die westliche Gesellschaft“.¹⁵⁴

Vorstellungen eines „christlichen Abendlandes“ waren im Europakonzept der meisten Unionspolitiker präsent. Vor allem halfen sie „ein ideelles Defizit der beginnenden europäischen Integration“ zu stillen.¹⁵⁵ Die europäische Einigung wurde sonst weitgehend funktional begründet, zunehmend von wirtschaftlichen Fragen dominiert

¹⁵⁰ Vgl. Strauß, Entwurf für Europa, S. 50f.; Interview mit Strauß, *Die Zeit* vom 8. 4. 1966, DzD IV/12, S. 437f.

¹⁵¹ Vgl. Huyn, Sackgasse, S. 325.

¹⁵² Dazu Schwarz (Hrsg.), *Regierungsstil*; Doering-Manteuffel, *Kanzlerdemokratie*; Küpper, *Kanzlerdemokratie*.

¹⁵³ Vgl. Schwarz, *Abendländer*, S. 95–115; Doering-Manteuffel, *Rheinischer Katholik*, S. 237–246; Müller, *Plichta*, *Rhein*, S. 37f.; Hochgeschwender, *Zeitalter*, S. 148–150.

¹⁵⁴ Schildt, *Abendland*, S. 198.

¹⁵⁵ Conze, *Europa*, S. 159f. Vgl. Müller, *Plichta*, *Rhein*, S. 19f.; Schwarz, *Ära I*, S. 455.

und entbehrte eines europäischen Enthusiasmus entfachenden Legitimationspathos. Der Abendland-Topos dagegen, der die Einigungsschritte ideell umhüllte, konnte bei christlich-konservativen Kreisen durchaus das Bedürfnis nach Identitätsstiftung befriedigen. Daß die „Abendländische Akademie“ die ideelle Lücke im europäischen Einigungswerk schließen half, erklärt einen Teil ihrer Attraktivität für Unionspolitiker. Die Abendländer ihrerseits waren bestrebt, Einfluß auf Entscheidungen der Regierungsparteien zu erreichen durch die Mitgliedschaft prominenter bürgerlicher Politiker im Kuratorium der „Abendländischen Akademie“.¹⁵⁶ Diese wiederum hatten maßgeblichen Anteil an einem Annäherungsprozeß der Abendland-Bewegung an das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik und dem allmählichen Verblässen ihres reaktionären, gesellschaftsverändernden Ordnungsanspruchs.¹⁵⁷ Gleichwohl blieb das Faktum, daß Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ihren Amtseid auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung abgelegt hatten, in der „Abendländischen Akademie“ mitwirkten, nicht ohne Brisanz.

1955 machte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* die Zugehörigkeit ranghoher Mitglieder der Regierungsparteien zur Abendland-Bewegung, gegen die es den Vorwurf der Verfassungs- und Demokratiefeindlichkeit erhob, zum Politikum. Auslöser war eine Rede, die das Kuratoriumsmitglied der „Abendländischen Akademie“, der neue Außenminister von Brentano, im Juli 1955 anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Lechfeld gehalten hatte.¹⁵⁸ Die Feierlichkeiten, auf denen der Kampf gegen die ungarischen Reiterscharen mit der drohenden sowjetischen Invasion gleichgesetzt wurde, markierten den symbolischen Höhe- und Wendepunkt der abendländischen Bewegung. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie, daß sich ausgerechnet an Brentano eine öffentliche Kontroverse über die Abendländer entzündete. Der überzeugte Integrationseuropäer vertrat zwar ein Europakonzept, das stark von der Vorstellung eines antikommunistischen, christlichen Bollwerks geprägt war. Insofern stand er der „Abendländischen Akademie“ wohlwollend gegenüber. Allerdings beteiligte er sich nicht intensiv an ihrer Arbeit. Zudem lagen von Brentano, der im Parlamentarischen Rat maßgeblich bei der Gestaltung des Grundgesetzes mitgearbeitet hatte, die vom *Spiegel* skandalisierten antidemokratisch-reaktionären Tendenzen des Abendlandkonzepts fern.¹⁵⁹ Ein von der SPD beantragter Untersuchungsausschuß zur Verfassungswidrigkeit der abendländischen Bewegung wurde 1956 ergebnislos eingestellt. Doch der Medienskandal beschädigte dauerhaft die Attraktivität des Abendlandes. Prominente Politiker gingen auf Distanz. 1958 wurde die Zeitschrift

¹⁵⁶ Vgl. Conze, Europa, S. 134f.; Schildt, Abendland, S. 56f.

¹⁵⁷ Vgl. Conze, Europa, S. 155; Uertz, Kulturkritik, S. 62–65; Schwarz, Ära I, S. 456.

¹⁵⁸ Vgl. Schildt, Abendland, S. 38, 68ff.; Conze, Europa, S. 162ff.; Pape, Lechfeldschlacht, S. 293ff.

¹⁵⁹ Vgl. Conze, Europa, S. 160. Für Politiker sind nominelle Mitgliedschaften im Vorstand politiknaher Organisationen üblich. Insofern überschätzt Schildt, Abendland, S. 45 die Bedeutung von Brentanos Kuratoriumsmitgliedschaft. Plausibel vermutete der Abendland-Apologet Wenger, hinter „den Angriffen der ‚formaldemokratische(n) Kapitolswächter‘ der ‚Funktionsdemokratie‘“ auf die „Abendländische Akademie“ vor allem das parteipolitische Motiv, den neuen Minister zu Fall zu bringen, zit. in Uertz, Kulturkritik, S. 61. Enthüllend war indes Wengers Vokabular, der 1952 an einer Kurzfassung des Ordnungsbildes der „Abendländischen Aktion“ mitgewirkt hatte, vgl. Proksch an Wenger, 17.12.1952, BAK N 1332, Bd. 42.

Neues Abendland eingestellt; die „Abendländische Akademie“ hielt 1963 ihre letzte Jahrestagung ab.

Seit Mitte der 1950er Jahre entsprachen die dem Abendland inhärenten antimodernen, antidemokratischen und antiliberalen Elemente nicht mehr dem sich wandelnden intellektuellen Klima der Bundesrepublik. „Abendländisch“ wurde immer mehr mit „reaktionär“ gleichgesetzt. Der Vorwurf des Abendländertums wurde nun politisch gegen die Unionsparteien verwendet. So nutzten die Oppositionsparteien SPD und FDP im Bundestagswahlkampf 1957 ein Vorwort Adenauers im *Neuen Abendland* zu Angriffen gegen die Union.¹⁶⁰ Vor allem in protestantischen Kreisen fand dies Resonanz.¹⁶¹

Auch ursprünglich der abendländischen Bewegung nahestehende Unionskreise vollzogen die Tabuisierung des Abendlandes im politischen Sprachgebrauch mit. Auf dem CDU-Bundesparteitag 1962 widersprach Gerstenmaier der „Behauptung, daß wir auf ein ‚christliches Abendland‘ mit reaktionärer Gesellschaftsstruktur zusteuerten.“¹⁶² Wie pejorativ der Terminus Abendland schließlich galt, wird an von Merkatz deutlich, der stark in abendländische Aktivitäten involviert war und dieses Engagement im *CEDI* fortsetzte, wo er intensiven Kontakt zu französischen Gaullisten pflegte. Als Außenminister Schröder ihn auf seine exponierte pro-französische Position im Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten ansprach, beteuerte selbst Merkatz: „Auf keinen Fall möchte er identifiziert werden mit einer Richtung, die man als katholisch-konservativ-abendländisch bezeichnen könnte.“¹⁶³

Lange galt die Zeit des Abendlandes gegen Ende der 1950er Jahre als beendet.¹⁶⁴ Vanessa Conze hat in ihrer grundlegenden Studie allerdings dargelegt, daß ein von unzeitgemäßen gesellschaftspolitisch reaktionären Elementen entschlackter Kernbereich abendländischen Gedankenguts in realpolitisch geläuterter Form fortbestand.¹⁶⁵ Weitergetragen wurden transformierte konservative Grundvorstellungen, ein lebhafter Antikommunismus, die Überzeugung von der Bedeutung des Christentums als Basis der europäischen Einigung und eine nie ganz versiegte Skepsis gegenüber den USA. Organisatorisch fanden viele Abendländer ein Zuhause im *CEDI* und der *Pan-europa*-Bewegung von Richard Graf Coudenhove-Kalergi.¹⁶⁶ Diese gewandelten Abendländer standen später fast ausnahmslos im gaullistischen Lager.

Personelle Kontinuitäten zwischen Abendländern und Gaullisten sind besonders in der Publizistik unübersehbar, wie die Beispiele von Paul Wilhelm Wenger, Alfons Dalma und Elimar Freiherr von Fürstenberg zeigen. Als einflußreicher Redakteur des

¹⁶⁰ Vgl. NA 12 (1957), H. 2, S. 97. Dazu „Deutschland ist nicht Spanien“, SPD-Pressedienst vom 1. 8. 1957, S. 5.

¹⁶¹ Vgl. Schröder an Hugo Hackler, 20. 8. 1957, ACDP I-483-104/2.

¹⁶² Gerstenmaier, 4. 6. 1962, in: CDU (Hrsg.), 11. Bundesparteitag. Dortmund, 2.–5. Juni 1962, S. 185.

¹⁶³ Notiz Schröders (nach Banddiktat), 21. 3. 1964, S. 1, ACDP I-483-273/1.

¹⁶⁴ Vgl. Schildt, *Abendland*, S. 82, 75; Müller, *Plichta*, Rhein, S. 43, 47.

¹⁶⁵ Vgl. Conze, *Europa*, S. 169ff., 440; ferner Uertz, *Kulturkritik*, S. 66f.

¹⁶⁶ Vgl. Conze, *Europa*, S. 173ff., 199ff.; Coudenhove-Kalergi an Erhard, 8. und 21. 8. 1964, BAK N 1239, Bd. 165. Jaeger, von Guttenberg, Strauß, von Merkatz, Heck und Gerstenmaier gehörten dem Paneuropa-Ehrenkomitee an. Vergeblich warb Coudenhove-Kalergi um Adenauer, der sich nicht in dem stark von persönlichen Animositäten geprägten Richtungskampf der Europaorganisationen exponieren wollte, vgl. Vorgang in ACDP VII-002-015/2.

Rheinischen Merkur vertrat Wenger wie das ganze Blatt in den 1960er Jahren einen dezidiert pro-französischen Kurs. 1963 plädierte er für einen Verzicht auf die Präambel zum Elysée-Vertrag, da sie Frankreich beleidige.¹⁶⁷ Für seine politische Konzeption bezeichnend war die Kategorisierung des deutsch-französischen Konsultationsabkommens als „Pakt“, der den Grundstein eines starken selbständigen Europas bilden sollte. Daß sich der zuvor weitgehend aufs Kulturelle begrenzte abendländische Antiamerikanismus in den 1960er Jahren im gaullistischen Gewande wieder stärker ins Politische wenden konnte, war bedingt durch die von den Anglo-Amerikanern forcierte Entspannungspolitik, die im Sinne eines rigiden Antikommunismus als gefährliche „Aufweichungstendenz“ angeprangert wurde. Gleichzeitig ließ diese Lockerung jedoch die bisherige Subordination unter die USA ihre zwingende Alternativlosigkeit verlieren.

Die amerika-orientierte Politik der Regierung Erhard geißelte Wenger als ein Verhängnis für Europa. Sie stoße die französische Freundschaftshand zurück und betreibe statt dessen eine servile Anbiederung gegenüber den Amerikanern. Vor allem Außenminister Schröder wurde Ziel von Wengers publizistischen Angriffen: Schröder betreibe eine systematische „Vereisung“ der Beziehungen zu Frankreich und zerstöre damit das wichtigste Erbe Adenauers.¹⁶⁸ Als Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU wies Ernst Majonica Wengers Invektiven im *Rheinischen Merkur* zurück und warf ihm umgekehrt „die antiamerikanische Tendenz seiner Ausführungen“ vor, die „dem Opfer der USA für unsere Sicherheit nicht gerecht“ würden. In seinem Tagebuch kommentierte Majonica deutlicher: „In gewissen Kreisen herrscht eine Servilität gegenüber de Gaulle, von der einem übel wird.“¹⁶⁹ Wenger verschärfte gleichwohl seine Angriffe, forderte offen Schröders Rücktritt und diente den *Rheinischen Merkur* dem Altkanzler als publizistische Plattform an. „Wenn die derzeitige Unpolitik noch lange geduldet wird“, schrieb er im Dezember 1965 an Adenauer, „bleibt am Ende nur ein Kolonialstatut übrig, nachdem in kurzen zwei Jahren seit Ihrem Ausscheiden die französische Deckung unserer Außenpolitik mit artistischer Dummheit weggeschossen worden ist. Ich bitte Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, auch namens meiner Redaktion bei den erforderlich gewordenen Aktionen an den *Rheinischen Merkur* als Sprachrohr zu denken“.¹⁷⁰ Im Lager der Atlantiker galt Wenger jedenfalls als notorischer Hasser der Regierung Erhard und als „hoffnungslos verrannt“.¹⁷¹

¹⁶⁷ Vgl. Wenger, Präambel-Komplex. In: *Rheinischer Merkur*, 3. 5. 1963. In: BDFD, III, S. 781–784.

¹⁶⁸ Wenger, „Riskiert Schröder den Bruch mit Paris?“, „Chruschtschow als Augustus“, *Rheinischer Merkur* vom 27. 12. 1963 bzw. 9. 1. 1964. Vgl. BAK N 1397, Bd. 78, Böhm an von Guttenberg, 9. 1. 1964.

¹⁶⁹ Leserbrief Majonica an *Rheinischen Merkur* als Anlage zu Brief Majonica an Schröder, 10. 1. 1964, PA/AA, B 1 (MB), Bd. 246; Tagebuch Majonica, 10. 1. 1964, ACDP I-349-24/2.

¹⁷⁰ Wenger an Adenauer, o. D., BAK N 1332, Bd. 42 (Weihnachtswünsche und Adenauers Antwort vom 25. 2. 1966 ermöglichen die Datierung auf Dezember 1965.).

¹⁷¹ Handschreiben Simon an Schröder, 17. 2. 1964, ACDP I-483-285/2. Vgl. auch Stoltenberg, in: CDU-Bundesvorstand V, S. 298 (7. 10. 1966). Bei Wengers Ernennung zum Ritter der französischen Ehrenlegion vermerkte Majonica sarkastisch: „Wenn er den Orden da trägt, wo er ihn sich bei de Gaulle erdient hat, kann er nicht sitzen“, Tagebuch Majonica, 2. 8. 1966, ACDP I-349-24/2.

Ein anderer abendländischer Publizist, der in den 1960er Jahren gaullistische Positionen verfocht, war der Austro-Kroate Alfons Dalma.¹⁷² Auf Verteidigungs- und Sicherheitsfragen spezialisiert, regte er bei seinem Duzfreund Strauß die Schaffung eines Instituts für politisch-strategische Forschung in Bayern an, das der Begegnung und Kontaktpflege mit der internationalen Strategic Community dienen sollte. Damit dürfte er zur Gründung der 1963 ins Leben gerufenen Münchener Wehrkundentagung beigetragen haben.¹⁷³ Dalma förderte das networking zwischen deutschen und französischen Gaullisten, etwa im Rahmen des CEDI.¹⁷⁴ Für ihn und andere Abendländer wurde vor allem der CSU-Vorsitzende Strauß zum politischen Hoffnungsträger, dem sie publizistische Rückendeckung gaben.¹⁷⁵ Überhaupt verschob sich seit Mitte der 1950er Jahre in der Abendlandbewegung mit dem Modernisierungs- und Transformationsprozeß die zuvor relativ ausgeglichene Verteilung zwischen CDU und CSU zugunsten der bayerischen Schwesterpartei. In den 1960er Jahren machte die CSU zunehmend gegen den in der CDU überwiegenden Atlantizismus Front. Das CSU-Parteiorgan *Bayernkurier* spielte dabei eine wichtige Rolle. Hier wurde massive Kritik an der Politik der eigentlich mitgetragenen Bundesregierung geübt. Der *Bayernkurier*, zuvor ein reines Mitteilungsblatt der Partei, firmierte seit Juni 1964 in modernisierter Form als – so der im Untertitel postulierte Anspruch – „Deutsche Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft“. Unter Leitung von Chefredakteur Carl Schmöller fand die Parteizeitung bundesweit Resonanz als Sprachrohr der CSU und ihres Vorsitzenden Strauß, dem Herausgeber des Blattes.¹⁷⁶ An dieser Entwicklung hatte Dalma als stellvertretender Herausgeber maßgeblichen Anteil. „Strauß denkt, Dalma bringt die Gedanken in Form und Schmöller gibt sie vergrößert wieder“, lautete ein Bonmot.¹⁷⁷

Wie sehr einstige Abendländer ihre Positionen beibehielten, verdeutlicht ferner Elimar von Fürstenberg. Dieses Kuratoriumsmitglied der „Abendländischen Akademie“, MdB im ersten Bundestag, dann im Auswärtigen Dienst,¹⁷⁸ sorgte 1964/65 mit seinem Informationsdienst Politische Korrespondenz für Aufsehen. Darin wurde massiv die Außenpolitik der Regierung Erhard kritisiert und ihr Außenminister diffamierend angegriffen:¹⁷⁹ Schröder sei ein Agent der Briten und skrupellos-opportunistischer Karrierist, der keine Intrige scheue und möglicherweise seinen Dokortitel

¹⁷² Der SPD-Pressedienst vom 31.3.1954 sah Dalma vor 1945 „in Tuchfühlung mit der Ustaschi-Bewegung“. 1945–54 war Dalma bei den *Salzburger Nachrichten*, 1954–62 stellvertretender Chefredakteur des *Münchener Merkur*, dann freier Publizist. Er publizierte im *NA* und gehörte dem Präsidium des CEDI an. 1964–67 war er stellvertretender Chefredakteur des *Bayernkurier*, 1967–75 Chefredakteur des Österreichischen Rundfunks.

¹⁷³ Vgl. Dalma an Strauß, 2.3.1961, ACSP NL Strauß, Bestand BMVg, Bd.416.

¹⁷⁴ Vgl. Conze, Europa, S.191; SPD-Pressedienst vom 10.3.1964, S.6.

¹⁷⁵ Vgl. Baukloh, Katholiken, S.90; „Strauß & Company“, *Die Zeit* vom 15.10.1965.

¹⁷⁶ Vgl. Mintzel, Anatomie, S.338–346; Mintzel, Geschichte der CSU, S.160–169.

¹⁷⁷ Josef Riedmüller, „Der Bayern-Kurier im Angriff auf Bonn“, *SZ* vom 15.11.1965.

¹⁷⁸ Zur Person vgl. Vermerk Rosenfels (BPA) „Polit. Korrespondenz“, 17.10.1964, PA/AA, B 4 (L 1), Bd.4; Vierhaus, Herbst (Hrsg.), Biographisches Handbuch, Bd.1, S.236; Schildt, Abendland, S.56.

¹⁷⁹ Die „Politische Korrespondenz“ findet sich in ACDP I-483-288/3 und BAK N 1337, Bd.613. Nach der Bundestagswahl 1965 stellte Fürstenberg das Erscheinen seines Dienstes ein.